

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 37 Amt Telehoff 202 bis 207  
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts . . . . . 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Kindermißbrauch am Hitler-Tag

### 120 Teilnehmer des Aufmarsches mußten ins Krankenhaus

In den Potsdamer Krankenhäusern liegen 120 Kinder, denn am vergangenen Sonnabend und Sonntag hatte die Nationalsozialistische Partei ein Heer von Zehntausenden von Kindern in Potsdam zusammengezogen. Im Alter von 5 bis 16 Jahren waren sie nach Potsdam geschickt worden. Mit der Eisenbahn, auf offenen Volkstrawagen, zu Fuß, ein wahrer Kinderkreuzzug. Woher? Als Staffage für eine nichtsagende Rede von Adolf Hitler! An die Stelle der Masse Volk, die er sonst braucht, um sich zu berauschen, war diesmal eine Masse Kind getreten.

Dieser Kinderkreuzzug nach Potsdam war ein ebenso wahnwichtiges, ebenso gewissenloses und schändliches Unternehmen wie der Kinderkreuzzug des Mittelalters. Man hat die

**Kinder mobilisiert als Opfer eines Massenwahns.**

Die Teilnehmer des mittelalterlichen Kinderkreuzzuges sind verstarben und gestorben. Und die kindlichen Opfer des Massenwahns von heute? Jetzt wird die schauerliche Bilanz dieses Potsdamer Kindertages bekannt! Man erfährt Einzelheiten, die helle Empörung hervorrufen müssen. 120 Jugendliche im kindlichen Alter haben in den Potsdamer Krankenhäusern Aufnahme gefunden. Allein im Städtischen Krankenhaus wurden 30 Kinder in völlig erschöpftem und bewußtlosem Zustand eingeliefert. Weit über die Hälfte der Kinder hat an diesen Tagen nichts zu essen erhalten. Mehr als die Hälfte war obdachlos. Sie waren erschöpft von tagelangen Fußreisen, von Lastwagenfahrten bei Kälte, bei Tag und Nacht, ein Teil der in die Krankenhäuser Eingelieferten hat Lungenentzündungen davongetragen. Niemand wollte die Kinder aufnehmen. In der Luftschiffhalle war ein Strohlager als Massenquartier aufgeschlagen. Dort lagen Kinder untereinander von 5 bis 16 Jahren, Jungen und Mädchen, nur kümmerlich mit dünnen Baumwolldecken zugedeckt in kalter Nacht, kein Frühstück, keine Gelegenheit zum Waschen, keine Latrine!

Man hat die Kinder zusammengezogen und hat sie sich selbst überlassen. Die Herren Führer sind im Auto gekommen, haben geredet und sind wieder verschwunden. Sie haben sich in ihre Augustokale zurückgezogen. Mit den Kindern wußte man nichts anzufangen. Man hatte weder für Verpflegung, noch für Obdach, noch für Beschäftigung Sorge getragen. Noch das Berlinlichte wäre gewesen, ihnen zu sagen, wir brauchen euch nicht mehr, geht wie ihr nach Hause kommt!

Über man hat stattdessen

**mit den Kindern Militär gespielt.**

Man hat sie in stundenlangen Märschen auf schlechtem Pflaster bei kaltem Wetter und im Regen abgeholt wie Rekruten, die von gewissenlosen Vorgesetzten auf dem Marsche geschunden werden. Augenzeugen sagen erschüttert aus, wie heruntergekommen, wie restlos erschöpft die Kinder ausgesehen haben, wie mitleidwürdig, verwahrloßt und niedergebrosen namentlich die Mädchen im kindlichen Alter waren. Ueble Geschäftsmacher haben schließlich den Kindern noch die paar Pfennige abgenommen, die sie bei sich hatten. 120 dieser für einen Massenwahn mobilisierten Kinder liegen in den Krankenhäusern. Wie viele ungezählte mögen sich bei dem Kinderschinden von Potsdam schwere Krankheit zugezogen haben!

Diese Kindermobilisierung, diese Zusammenführung von Zehntausenden von Kindern unter solchen Bedingungen, noch dazu in einer Zeit, in der gefährlichste Kinderkrankheiten grassieren, ist das verbrecherischste Schauspiel, das die Demagogen der NSDAP jemals aufgezogen haben! Das ist ihre Sorge um die deutsche Jugend! Sie ist ihnen Mittel zum Zweck, Objekt ihres Nachwahn, lediglich Instrument einer kaltherzigen unmenschlichen Regie. Worte sind nicht stark genug, um diese Verfündigung gegen die Kinder, diesen Gipfel der Gemeinlosigkeit anzuprangern. Das Kinderschinden von Potsdam wird auf immer die geistliche und sittliche

Bewahrlosung der NSDAP, wie den Wahnsinn unserer Zeit kennzeichnen!

### Belogene Kinder

Um die Stimmung der gequälten Kinder zu heben, wurde auf dem Zeltlager und im „Angriff“ die Nachricht verbreitet, Hitler selbst habe in einem Zelt mit übernachtet und so etwas sei überhaupt in der Welt noch gar nicht da gewesen. Obwohl diese Behauptung lächerlich ist, denn zahlreiche sozialdemokratische Parteiführer haben in den Zeltlagern unserer Jugendlichen mit übernachtet, war die auch vom „Angriff“ unter allen Anzeichen der Unterwürfigkeit verbreitete Nachricht erlogen. Hitler hat gar nicht daran gedacht, in dem Zeltlager zu übernachten. Der „Völkische Beobachter“, der weiter vom Schuß erscheint als der „Angriff“, schreibt selbst:

„In der Sonntagsfrühe gegen 7 Uhr trifft Adolf Hitler in dem phantastischen Zeltlager auf dem Keinen Exerzierplatz ein, in dem über 30 000 Hitler-Jungen Unterkunft gefunden haben, und geht rund durch die gewaltige Zeltstadt, obwohl er erst gegen 4 Uhr früh Ruhe gefunden hat, da er sich noch in der Nacht genauen Bericht über die Unterkunstmöglichkeiten seiner Jungen geben ließ und sich große Sorgen um ihre Ruhe machte.“

„Große Sorgen“ hat er sich um die frierende und hungernde Jugend gemacht, aber mit ihnen im Zeltlager zu übernachten, das ist ihm gar nicht eingefallen, das wurde der Jugend nur vorgelogen.

Ebenso wurde mit der Zahl der Teilnehmer umgesprungen, der „Angriff“ meldete 110 000, die Festleitung 90 000, der „Völkische Beobachter“ 70 000, in Wirklichkeit waren es zwischen 40 000 und 50 000 aus dem ganzen Reich zusammengetrommelte Kinder samt Zuschauern. Dafür läßt jetzt die Nazi-Prese „300 000 Teilnehmer auf dem Wiener Gumpenteich. Warum nicht gleich drei Millionen.“

aus. Die Reichsregierung hat ihr grundsätzlich zugestimmt, jedoch unter der Bedingung, daß Frankreich und England ihren bisherigen Standpunkt, wie er in den kürzlich beabsichtigten Antimortnoten der beiden Mächte zum Ausdruck kam, residieren, weil sonst eine solche Konferenz zwecklos wäre.

Im übrigen hängt die endgültige Antwort Deutschlands von der Stellungnahme Frankreichs ab, und da nach den Pariser Redungen von gestern Abend eine Einigung zwischen Herriot und Sir John Simon nicht erzielt werden konnte, dürfte damit auch die Einladung an Deutschland hinfällig sein.

### Dollfuß will notverordnen

Wien, 4. Oktober.

Eigener Bericht des „Vormärts“

Die Regierung Dollfuß hat auf Grund einer Notverordnung, die sie mit Hilfe des Kriegsgesetzes vom 24. Juli 1917 begründet, ein an sich bedeutungsloses Gesetz erlassen, durch das die Schuldigen am Zusammenbruch der Kreditanstalt für den Schaden haftbar gemacht werden sollen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie ist noch in später Nacht zusammengetreten, um gegen diesen Mißbrauch eines Kriegsgesetzes, das vor der Ausrufung der Republik in Oesterreich Geltung hatte, scharfen Protest einzulegen. Der Parteivorstand hat einen Aufruf an die Arbeiter Oesterreichs erlassen, in dem er sich scharf gegen diesen Mißbrauch wendet, und angeht, daß der bestehende Gefahr eines Mißbrauchs des Notverordnungsrechts für Mittwoch alle sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

# Keine Konferenz in London!

Frankreich lehnt ab

Paris, 4. Oktober.

Eigener Bericht des „Vormärts“

Der englische Außenminister Sir John Simon, der am Dienstagvormittag auf dem Luftwege in Paris eintraf, hatte zu Beginn des Nachmittags mit Herriot eine 1 1/2 stündige Unterredung über das Abrüstungsproblem, die von großer Wichtigkeit gewesen zu sein scheint. Beide Staatsmänner lehnten jede Erklärung über den genauen Gegenstand und das Ergebnis ihrer Aussprache ab, aber aus ihren ernstlichen Mienen war deutlich zu erkennen, daß ihre Besprechung keinen befriedigenden Verlauf genommen habe. Es wird allgemein behauptet, daß Herriot und Simon über den Plan Macdonalds gesprochen haben, nach London eine Konferenz zur Prüfung der deutschen Forderungen einzuberufen.

Eine derartige Konferenz, die bekanntlich schon kurz nach der Ueberreichung des deutschen Memorandums angeregt wurde, lehnt die französische Regierung nach wie vor ab oder sie stellt zum mindesten für ihre Beteiligung Bedingungen, die zum Teil nicht erfüllbar sind.

Eine dieser Bedingungen soll die Teilnahme Amerikas sein. Man kann also annehmen, daß Herriot dem englischen Außenminister den Standpunkt Frankreichs noch einmal auseinandergesetzt hat und daß Sir John Simons Versuch, Herriot umzustimmen, gescheitert ist.

Herriot kann an seinem Standpunkt um so mehr

festhalten, als er in dieser Frage das ganze französische Volk hinter sich weiß. Die bürgerlichen Parteien sind gegen eine Konferenz in London, weil sie befürchten, daß Frankreich dort isoliert sein und Macdonald den deutschen Forderungen zu weit entgegenkommen könne, um die Wiedererlangung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz zu erleichtern. Die Arbeiterklasse dagegen lehnt die Londoner Konferenz ab, weil sie in ihr ein Mandat Macdonalds gegen Henderson erblickt, das dazu bestimmt ist,

Henderson die Lorbeeren für eine etwaige glücklichere Lösung des Konflikts zu entreißen. Das hat der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, auf der gegenwärtigen Tagung des Landesauschusses des Bundes mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Der Landesauschuss billigte einstimmig die Erklärungen von Jouhaux und erklärte sich mit keinem weiteren Verbleiben in der Abrüstungskonferenz einverstanden.

### Englands Einladung an Deutschland

Der britische Gesandte in Berlin, Newton, hat gestern der Reichsregierung den Vorschlag Macdonalds einer Fünftmächtekonferenz, die in London in der nächsten Woche stattfinden hätte, offiziell übermittelt. Diese Einladung ist natürlich zunächst nur grundsätzlicher Art und legt das Einverständnis der übrigen Mächte vor-

### Rechtsungültig!

Schäffers Notverordnung kann die Gewerkschaften nicht binden!

Die Verordnung zur Verordnung über den Lohnabbau, die der Reichsarbeitsminister Schäffer seit Tagen ankündigt, ist jetzt im „Reichsgesetzblatt“ erschienen. Sie enthält in ihren entscheidenden Paragraphen folgende Bestimmung:

Die Erfüllung des Arbeitsvertrags nach Maßgabe der Verordnung vom 5. September 1932 gilt als dem Tarifvertrag entsprechend. Kampfmaßnahmen einer Tarifvertragspartei gegen die Durchführung der Verordnung durch eine andere Tarifvertragspartei oder eines ihrer Mitglieder gelten als Verletzung des Tarifvertrags.

Zum Heberluß wird diese „Verordnung zur Verordnung“ mit rückwirkender Kraft ab 15. September versehen.

Da die Gewerkschaften eine Rechtsgrundlage für die Auffassung des Ministers nicht anerkennen können, beitreten sie die Rechtswirksamkeit der neuen Ausführungsverordnung, die auch in der Notverordnung vom 4. September selbst keine Stütze findet. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die neue Verordnung auf die Haltung der Gewerkschaften von Einfluß sein wird.

Dazu schreibt uns ein hervorragender Kenner des Arbeitsrechts:

Der Zweck der 3. Durchführungsverordnung ist offenkundig. Die Gewerkschaften haben unmittelbar nach Erlass der Verordnung vom 5. September 1932 der Auffassung Ausdruck gegeben, das Recht zur Kürzung der Löhne und Zahlung untertariflicher Vergütungen bewege sich allein auf der Ebene des individuellen Arbeitsverhältnisses, während der Tarifvertrag durch die Befugnis des Arbeitgebers, untertarifliche Löhne zu zahlen, nicht beeinträchtigt werde. Die Gewerkschaften haben die Ansicht proklamiert, daß die tarifliche Friedenspflicht entsprechend der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Reichsarbeitsgerichts sich lediglich auf den Tarifinhalt beziehe, den die Tarifparteien festgelegt haben. Durch den Abschluß eines Tarifvertrages übernehmen die Gewerkschaften die Verpflichtung, auf ihre Mitglieder einzuwirken, sich tarifreu zu verhalten. Durch den Abschluß des Tarifvertrages übernehmen die Gewerkschaften nicht die Verpflichtung, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß diese Arbeitsbedingungen dulden, die dem Tarifvertrag widersprechen.

Dieser von den Gewerkschaften festgelegten Auffassung haben sich prominente Arbeitsrechtler, der Altmeister des Arbeitsrechts Potthoff, der bekannte Berliner Anwalt Georg Baum, der jahrzehntelang Vorsitzender des Berliner Gewerbegerichts gewesen ist, angeschlossen. Auch auf Arbeitgeberseite konnte man sich der Richtigkeit dieser Argumentation nicht entziehen. Der einzige Rechtsstreit, der bisher über die Streitfrage ausgefochten ist, endete in Weihenstephan mit einem Erfolg der Gewerkschaften.

Zwar hat das Reichsarbeitsministerium in einigen Verlautbarungen die entgegengelegte Auffassung über den Inhalt der Notverordnung vom 5. September zum Ausdruck gebracht. Wie die 3. Durchführungsverordnung erkennen läßt, hat das Reichsarbeitsministerium inzwischen aber offenbar selbst eingesehen, daß die von den Gewerkschaften vertretene Ansicht die einzig richtige ist. Andernfalls wäre der Erlass der 3. Durchführungsverordnung, die nichts anderes ist als ein Eingeständnis der Unrichtigkeit des bisher eingenommenen Standpunkts, unverständlich.

Durch die 3. Durchführungsverordnung soll den Gewerkschaften die Haftung



für Kampfmaßnahmen auferlegt werden, die sich nicht gegen einen vereinbarten Tarifvertrag richten. Die Gewerkschaften sollen hasten, weil sie sich dafür einlegen, daß ein vereinbarter Tarifvertrag so durchgeführt wird, wie er zwischen den Parteien festgelegt worden ist. Die Begründung einer Haftung ohne vertraglich übernommene Verpflichtung ist eine Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Sie ist eine Umwälzung aller Rechtsprinzipien, die unser Rechtsleben beherrschen. Sollen doch die Gewerkschaften die Haftung für Kampfmaßnahmen übernehmen, wenn ihre Mitglieder sich dagegen wenden, daß eine Privatperson durch einseitige Erklärung den Inhalt der Vereinbarung abzuändern versucht, die die Gewerkschaften abgeschlossen haben.

Die Auferlegung der Haftpflicht für die Gewerkschaften anlässlich eines Arbeitskampfes bei Durchführung der Verordnung ist gegenüber dem Inhalt der Verordnung vom 5. September 1932 weder eine Durchführung, noch eine Ergänzung. Sie ist eine Wendung, ja sogar eine Umwälzung, etwas radikal Anderes als das, was die Verordnung selbst bestimmt hat.

Der Reichsarbeitsminister hat durch den Erlaß der Durchführungsverordnung vom 3. Oktober 1932 die ihm eingeräumte Delegationsbefugnis flagrant und offensichtlich überschritten. Die 3. Durchführungsverordnung ist daher nichtig. Daß Durchführungsverordnungen, die sich nicht im Rahmen der Ermächtigung halten, nichtig sind, hat das Reichsarbeitsgericht anlässlich des Ruhreisenstreits mit aller erdenklichen Klarheit zum Ausdruck gebracht.

Darüber hinaus ist aber die 3. Durchführungsverordnung ein Verstoß gegen Artikel 165 der Reichsverfassung, durch den die paritätische Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verfassungsmäßig festgelegt ist. Bedeutet es die „gleichberechtigte“ Mitwirkung der durch die Verfassung anerkannten Organisationen der Arbeitnehmer, wenn der einzelne Arbeitgeber einseitig bestimmen kann, wann die Gewerkschaften von ihrer Kampfbefugnis Gebrauch machen dürfen, welches der Inhalt der tariflichen Durchführungs- und Friedenspflichten ist?

Verstößt bereits die gesamte Verordnung vom 5. September 1932 gegen die Verfassung, so ist die 3. Durchführungsverordnung der Höhepunkt dessen, was bisher an Mißachtung der Grundprinzipien der Weimarer Reichsverfassung von der Regierung Papen in die Wege geleitet worden ist.

Durch § 2 der 3. Durchführungsverordnung wird die Haftpflicht der Gewerkschaften rückwirkend auf den 15. September festgelegt. Sie hat demnach vom 15. September bis 3. Oktober 1932 nach der eigenen Erklärung des Reichsarbeitsministers nicht bestanden! Für die Entscheidung von Konflikten zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die zwischen dem 15. September und 3. Oktober stattgefunden haben, ist die in § 2 niedergelegte Rückdatierung auch dann unerheblich, wenn man die 3. Durchführungsverordnung für gültig ansehen wollte. Nach ständiger Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts haften die Tarifträger nur bei schuldhafter Verletzung des Tarifvertrages. Von schuldhafter Verletzung kann aber dann nicht die Rede sein, wenn der Gesetzgeber nachträglich den Parteien des Tarifvertrages Pflichten aufzuerlegen versucht, die sie bei Vornahmen der Kampfmaßnahmen nicht kennen konnten.

Durch die 3. Durchführungsverordnung widerlegt sich der Reichsarbeitsminister selbst. Er erkennt an, daß die von ihm zuerst erlassene Verordnung vom 5. September 1932 nicht den Inhalt hatte, den sie nach den offiziellen Mitteilungen des Reichsarbeitsministers haben sollte. Ein Eingeständnis des eigenen Dilettantismus! Die Diktatur ist der Dilettantismus. Diese Erkenntnis sollten sich die Verächter des parlamentarischen Systems merken, die stets nach dem „F a h m a n n“ gerufen haben.

## Überall Nazi-Verluste

Bei den schon kurz erwähnten Gemeinderatswahlen in der Gemeinde West-Katkau, in dem bisher überwiegend nationalsozialistischen ostpreussischen Landesteil West-Cutin erhielten die Sozialdemokraten 1094 Stimmen (bei der letzten ostpreussischen Landtagswahl 1086), die Nationalsozialisten 1068 (1320; Verlust ungefähr 20 Proz.), die bürgerliche Einheitsliste 348 (210), Kommunisten 221 Stimmen (bisher 181).

Das ist in zwei Wochen die fünfte Gemeinderatswahl, bei der die Nationalsozialisten 20 bis 60 Proz. ihrer Stimmen verlieren. Die Hakenkreuzpresse hat ihren Lesern fast einziges dieser Resultate mitgeteilt.

# Rechtsnot in Deutschland

Konferenz der Deutschen Liga für Menschenrechte

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hatte gestern abend zu einer Konferenz im Herrenhause eingeladen. Das Thema lautete „Die Rechtsnot in Deutschland“. Die Leitung des Abends hatte Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn. Was jetzt geschieht, sei das Äußerste, was selbst die kühnste Phantasie sich nicht hat träumen lassen, als der § 48 der Verfassung geschaffen wurde. Daß ganze Gebiete des Strafrechtes, des Strafprozesses und der Gerichtsverfassung grundlegend geändert werden konnten, beweist, wie wenig das Bewußtsein von der Notwendigkeit guter Rechtsinstitutionen im deutschen Volke vorhanden ist. Unter der Rechtsnot leidet aber heute nicht mehr wie vor dem Kriege nur die Arbeiterschaft, sondern ganz andere große Teile der Bevölkerung.

Als erster Referent sprach Ministerialdirektor a. D. Dr. Hermann Brill-Gotha über Rotverordnungsrecht und Reichsverfassung. Millionen von Menschen, führte er aus, die Jahre hindurch an den Staat, der den Sammelnamen Republik trug, geglaubt haben, leben heute vom Staat nicht viel mehr als den Artikel 48 der Verfassung. Neben die soziale Not, die der Artikel 48 nicht zu bannen vermochte, ist jetzt eine Rechtsnot getreten, die das ganze rechtsstaatliche Gefüge in Frage stellt. Es gibt kein Gebiet des privaten und öffentlichen Rechts, das von der Einwirkung des Artikels 48 nicht erfaßt worden wäre. Während des Sozialistengesetzes haben die Massen des Volkes den Staat gehaßt. Heute bringen sie trotz der Herrschaft des Artikels 48 noch große Teile des Volkes dem Staate Liebe entgegen, aber sie werden dafür mit Skorpionen gezüchtigt. Wir leben jetzt in einem Ausnahmezustand, der nicht nur die persönliche Freiheit auf den verschiedensten Gebieten in der unerträglichsten Weise eingeschränkt, sondern, was noch schlimmer ist, die ganze Gesetzgebung aufgehoben hat. Dieser Ausnahmezustand mußte sich auch auf die Teilung der Gewalten und auf die Rolle der Regierung auswirken. Die Usurpation aller Gesetzgebung durch die Regierung stellt nichts anderes dar als eine Diktatur.

Es gilt zu kämpfen für die Wiederherstellung der politischen Freiheit und die Wiederherstellung des Reichstages und der Gesetzgebung.

## Verfassungswidriger Lohnabbau.

Professor Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M. sprach über den Kampf für das Recht. Das Gefährlichste in der Rechtsnot unserer Zeit, die eine allgemeine Rechtsnot ist, stelle die Vernichtung des demokratischen Rechts dar, d. h. des Rechtes der Menschen, Menschen zu sein. Die Vernichtung des Rechtes der Menschen, die nichts anderes als Recht einsehen können, als ihre Arbeitskraft. Dieses Recht ist gefährdet, wenn nicht schon vernichtet. Das ist die Rechtsnot. Den Begriff der Präsidialregierung kennt die Reichsverfassung nicht. Der Kanzler und die Minister sind nicht dem Präsidenten verantwortlich, sondern dem Reichstag. Die Verfassung ist entstanden auf Grund eines Paktens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieser Pakt hat die neue soziale Ordnung begründet. Er war der Geburtsakt der Verfassung. Der Artikel 165 der Verfassung bringt die Unabdingbarkeit des kollektiven Willens jedem individuellen Einspruch gegenüber zum Ausdruck. Die Rotverordnung vom 5. September, und in noch viel höherem Maße die heute herausgekommene Ergänzungsverordnung verletzen die Verfassung. Sie schaffen eine Rechtsnot auf dem Gebiete des Kollektivrechtes der Arbeiter. Der Arbeitgeber kann nach dieser Verordnung, unabhängig von dem Inhalt des Vertrages, ihn einseitig ändern, während der Artikel 165 der Verfassung die Mitwirkung des Arbeitnehmers festsetzt. Die heutige Rotverordnung stellt einen Versuch dar, das Streikrecht aufzuheben. In solch einem Augenblick muß man an die Worte Lassalles mahnen: „Es kann eine Zeit kommen, da die Ware Arbeit sich als Mensch gebärden wird.“ Es wird keine Schuld der Belegschaft sein, wenn sie in einen Zustand tritt. Durch diese Handlung begeht sie keinen Friedens-

bruch. Professor Sinzheimer ruft zum Schluß auf zum Kampf für eine machtbegründete Demokratie!

Als letzter Referent sprach Rudolf Olden. Nach einer ausgiebigen Diskussion zu der Frage der Sondergerichte nahm die Konferenz folgende Resolution an:

„Die von der Deutschen Liga für Menschenrechte einberufene Konferenz „Die Rechtsnot in Deutschland“ gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Verordnungen über Sondergerichtsbarkeit aufgehoben werden müssen. Die Beschränkung der Rechtsgarantien in Verbindung mit den ungeheuerlichen Mindeststrafen führen zu Verfahren und Urteilsprüchen, die das Ansehen der Justiz untergraben. Die Wahrheitsfindung, im politischen Prozeß an sich sehr erschwert, wird bei den Eigentümlichkeiten der Sondergerichtsbarkeit nahezu unmöglich. Die Not, in die das deutsche Recht geraten ist, bedeutet zugleich eine Gewissensnot der bei den Sondergerichten beteiligten Juristen. Die zutage liegende Gefahr, daß Unschuldige schwere Strafen erleiden, erschüttert das Rechtsbewußtsein des Volkes.“

## Reichsbanner überparteilich Eine Erklärung des Bundesvorstandes

Die Bundespressstelle des Reichsbanners teilt mit: „Um vereinzelt aufgetretenen Anweisungen der Ueberparteilichkeit des Reichsbanners entgegenzutreten, hat der Bundesvorstand des Reichsbanners in seiner letzten Sitzung erneut einstimmig festgestellt: An der sühnungs- und willensmäßig stets bekundeten und gehandhabten Ueberparteilichkeit des Bundes hat sich nichts geändert. Mit der Ueberparteilichkeit des Reichsbanners ist aber auch jeder Versuch unvereinbar, die Organisation für politische Sonderzwecke zu mißbrauchen.“

# GA.-Sturm auf Volkshaus

Die Straßenschlacht in Bunzlau

Bunzlau, 4. Oktober.

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Vor dem Sondergericht begann am Montag unter großem Andrang des Publikums der große Bondfriedensbruch-Prozeß um den Sturm auf das Bunzlauer Volkshaus. Es sind 15 Zeugen und 3 Sachverständige geladen. Ferner sind 7 Reichsbannerleute angeklagt. Die Mitglieder der Eisernen Front werden durch Rechtsanwalt Dr. Seidenberg-Wiegnig verteidigt.

SA-Leute von auswärts waren schon am Vormittag des 22. Juli am Bunzlauer Volkshaus vorbeigefahren, wobei die Gebärde des Halsabschneidens gemacht und auch gerufen worden war: „Wir kommen heute abend wieder“. Daher wurde das Volkshaus stärker beschützt. Kurz nach 9 Uhr zog die Polizei ihre Streife zurück. Kurz vor 10 Uhr fuhr ein 6 bis 8 Lastautos mit Angehörigen der Standarte 54, Sturmbanner 2 Lauban und SA auf der Rückkehr von der Hitler-Kundgebung am Volkshause vor. Verschiedene SA-Leute standen bereits auf den Trittbrettern. Auf Kommando sprangen dann die SA-Leute von zwei Wagen ab und stürmten, offenbar nach vorbereitem Plan, auf das Volkshaus los. Die Torwache setzte sich zur Wehr, während am Westflügel die Nazis in das Hausinnere dringen konnten, wo sich eine schwere Schlacht entwickelte, ebenso wie auch auf der Straße. Es soll hierbei aus dem Volkshause geschossen worden sein. Hierbei nimmt die Anklage irrtümlich an, daß der Reichsbannermann Schreiber von diesem Schuß getroffen wurde. In Wirklichkeit ist aber ein SA-Mann beobachtet worden, wie er von der Vorgartentreppe mehrere Schüsse auf Schreiber abgab. An seinem Standort wurde von der Polizei dann auch die Patronenhülse gefunden. Schreiber stürzte, von zwei Kugeln durchbohrt, zu Boden, doch wurde ihm trotzdem noch von Nazis die Schädeldedecke mit Knüppeln zertrümmert, so daß er tot von Kameraden ins Volkshaus gebracht werden mußte. Ein zweiter Sturm auf das Volkshaus wurde durch die inzwischen eingetroffene Schupo verhindert. Außer Schreiber wurden noch 4 Mitglieder der Eisernen Front und angeblich 9 Nazis verletzt.

Am heutigen ersten Verhandlungstage wurden zunächst die Angeklagten vernommen. Die Nazis, die früher teils zugegeben hatten, von den Autos abgestiegen und gegen die Menge vorgegangen zu sein, bestritten es jetzt und suchten sich als unschuldig hinzustellen.

Im weiteren Verlauf fand ein Vorkausterrin am und im Volkshaus statt.

Der Angeklagte Kaufmann Oswald Höhne aus Gnadenberg, der an der Tür Wache hatte, beobachtete, wie die Nazis in langamer Fahrt ankamen und vom letzten Wagen Hornsignale gegeben wurden, worauf die SA-Leute abprangen

und gegen das Volkshaus voringen. Ein SA-Mann mit schwarzer Mütze habe aus nächster Nähe auf die Mitteltür geschossen. Gleich darauf sei gerufen worden: „Schreiber ist getroffen!“ Dann wurde Höhne selbst niedergeschlagen.

Der angeklagte Wäcker Paul Rüh aus Bunzlau sah, daß die SA-Leute schon beim Nähen ein Bein über die Wagenwand des Autos gesetzt hatten, um rascher abpringen zu können.

Der angeklagte Töpfer Fritz Jung aus Bunzlau schilderte, wie die Nazisbanditen noch mit Knüppeln auf den am Boden liegenden niedergeschlagenen Reichsbannerkameraden Schreiber einschlugen, wobei ihm der Schädel zertrümmert wurde. Auch dieser Angeklagte wurde dann mißhandelt.

Der Angeklagte Pachmann sah, wie Schreiber, neben dem er trat, den tödlichen Schuß erhielt. Auch er selbst wurde mit Messern und Schlagwerkzeugen schwer verletzt.

Der minderjährige Glasmacher Bufe sah ebenfalls, wie der SA-Mann auf Schreiber schoß, der angeklagte Metallschleifer Hermann Rathhaus, wie in den Flur des Volkshauses hineingeschossen wurde.

Zu Beginn der Beweisaufnahme bestätigte Kriminalassistent Wöttger, daß die Nazis in breiter Front gegen das Volkshaus voringen. Der Vorsitzende der SPD, Riebel, hatte vormittags um verstärkten Schutz des Volkshauses gebeten, doch war ihm erklärt worden, er sehe Gespenster! Dieser Zeuge Riebel alarmierte sofort beim Anrücken der Nazis Polizei und Landrat. Während er telefonierte, sah er vom Fenster aus, wie die Nazis die Bänke von ihren Wagen nahmen, diese zertrümmerten und an den Rädern zu Knüppeln zurechtbrachten. Die Verhandlung dauert fort.

## Krieg in Braunschweig

Zwischen Stahlhelm und Nazis

Braunschweig, 4. Oktober.

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Zwischen Stahlhelm und Nazis ist im Lande Braunschweig der heftigste Krieg entbrannt. Die braunschweigische Stahlhelmzeitung „Junge Nation“ nennt die Nazis „Braune Kommune“ und „Hitler-Banditen“. Die also gekennzeichneten reanochierten sich mit Gewalttätigkeiten, die am Montagabend beim Stahlhelmsfeldzug für Hindenburg den Charakter eines Auftrages und Landfriedensbruchs annehmen. Die amtliche „Staatszeitung“ veröffentlicht von Stahlhelmsseite folgende Darstellung:

„Die Stahlhelmer glaubten zunächst, Kommunisten vor sich zu haben. Es stellte sich jedoch

heraus, daß es sich um SA-Leute handelte. Unter den Nationalsozialisten befand sich auch der SA-Führer und Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Alpers. Es fielen Rufe wie „Nieder mit Hindenburg“ und nicht wiederzuehende Beschimpfungen. Auch wurden nachweislich von nationalsozialistischer Seite scharfe Schüsse auf Stahlhelmsleute und Polizisten abgegeben. Ein SA-Mann bedrohte einen berittenen Polizeioffizier mit der Waffe. Andere versuchten ihn vom Pferde zu ziehen.“

Von einer Anwendung der Rotverordnung, die jeden mit Zuchthaus bedroht, der gegen die Staatsgewalt mit der Waffe vorgeht, wird man im Reichde des Herrn Klages kaum etwas hören. Die Angreifer waren ja auch Nazis. Der im Bericht der „Staatszeitung“ genannte Naziabgeordnete Alpers ist kürzlich im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Sprengstoffaffäre in der Stadt Braunschweig schwer beschuldigt worden. Um von der Urheberschaft und Verantwortung abzulenken, haben die Nazi den einzigen verhafteten SA-Schützen schnell ausgeschliffen und ihn als „Lodspiegel“ diffamiert.

## Auch das noch?

Nach dem Zwickel die Prostitution!

Kommissarius Bracht will der Prostitution zu Leibe gehen. Er will den Reichsinnenminister bitten um den Erlaß einer Rotverordnung zur Aenderung des Gesetzes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Da soll unter dem Feldgeschrei „wider die Unsitlichkeit“ ein wichtiger sozialhygienischer Fortschritt mit Hilfe des Artikels 48 wieder aufgehoben werden. Wozu soll der Artikel 48 noch gebraucht werden?

Eins sei mit aller Deutlichkeit gesagt: man kann mit polizeilicher Unterdrückung die Prostitution vielleicht unsichtbarer machen — aber man wird sie damit nur gefährlicher machen! Je mehr die Not wächst, um so stärker wird die Prostitution anschwellen! Ist es öffentliche Sittlichkeit, die Tafsache zu verurteilen, wenn man die Ursache nicht beseitigen kann?

Es scheint, daß ein anonymer wohlorganisierter Kreis von Muckern den Nacht-habern in den Ohren liegt. Der anonyme Kreis von Muckern glaubt, die Prostitution sei schon beseitigt, wenn die Mädchen hinter der Ecke flait vor ihr ständen. Aber vielleicht wird da auch noch ein — Zwickel notverordnet?

Finanznot in Sachsen. Im August hatte der sächsische Staat einen Fehlbetrag von über 5 1/2 Millionen Mark zu verzeichnen, während noch im Juli ein Ueberschuß von über drei Millionen Mark erzielt worden war. Im Zusammenhang damit stiegen die schwebenden Schulden im August um über 6 auf 255,77 Millionen Mark.



## Gaß prüft...

Was wird mit dem Volksbegehren?

Das Volksbegehren gegen den Sozialabbau, das von der Sozialdemokratischen Partei am 12. September noch vor der Auflösung des Reichstags beim Reichsinnenministerium eingereicht worden ist, wird von diesem immer noch „geprüft“.

Der Parteivorstand hat am Dienstag den Reichsinnenminister, Freiherrn v. Gaß, persönlich er sucht, die Prüfung zu beschleunigen. Freiherr v. Gaß erklärte, daß die finanzielle Auswirkung des Antrags geprüft werde, worauf ihm erwidert wurde, daß nach der Reichsverfassung finanzielle Bedenken nicht in Frage kommen können. Es dürfe nicht das Gefühl hervorgerufen werden, daß dem Volk sein plebiszitäres Recht genommen werden solle.

Der Minister sagte zu, die Prüfung zu beschleunigen.

Die Regierung darf sich nicht wundern, wenn die Mutmaßung Platz greift, daß man nach Vorwänden sucht, das Volksbegehren gegen den Sozialabbau verschleppen, es sabotieren und schließlich ablehnen zu können!

## Röhmlos...

Der „Angriff“ kennt Röhm nicht mehr

Man durfte gespannt sein. So etwas kommt schließlich nicht alle Tage vor: Der oberste Stabschef der Privatarmee Hitlers überführt, einen Führer des Reichsbanners aufgesucht zu haben, um von ihm Material gegen seine eigenen Leute zu bekommen, von denen er sich mit Mordabsichten bedroht fühlt. Wie — so fragte man sich — wird die nationalsozialistische Presse diese Enthüllung des Münchener Prozesses aufnehmen? Wie wird sie sich zu diesem Verhalten Röhm stellen? Wird sie es decken, wird sie es verurteilen?

Man nimmt mit einer gewissen Spannung den „Angriff“ zur Hand und findet — nichts! Wieder einmal die Nazitaktik: Unangenehme Tatsachen werden systematisch totgeschwiegen. Totgeschwiegen ist nicht ganz der richtige Ausdruck. Sie werden fortstamotiert. Der Monteur des Dr. Joseph Goebbels wird sich beileibe nicht vormerken lassen, den Münchener Prozeß gänzlich zu verschweigen. Er berichtet darüber, sogar mit knalliger Ueberschrift: „Zusammenbruch einer neuen Lügenhege.“ Dann folgen zwanzig Zeilen. Man erfährt daraus, daß die Formwörter gegen die Rastführer Schwarz und Schulz nicht erwiesen seien und daß der angeklagte Redakteur Goldschagg 1200 Mark Geldstrafe zu zahlen habe. Ergo, so denkt sich der „Angriff“-Leser — muß ja alles in bester Bedienung sein.

Der Name Röhm wird im „Angriff“-Bericht überhaupt nicht genannt. Weder berichtet das Blatt die Ladung Röhm als Zeugen, noch sein unentschuldigtes Ausbleiben, noch die Aussage des Majors a. D. Ranz vom Reichsbanner über den Besuch Röhm bei ihm. Röhm ist anscheinend für den „Angriff“ eine gänzlich uninteressante Persönlichkeit. Der „Angriff“ drückt wohl die pathetische Rede Röhm in Wien ab („Sie mögen uns beschimpfen, sie mögen uns verleumden...“), aber daß dieser Mann es nicht wagt, seinen angeblichen „Verleumdern“ Auge in Auge vor Gericht gegenüberzutreten — das braucht die dem Hauptmann Röhm unterstellte SA nicht zu wissen!

Nach der Bekräftigung des Münchener Berichts war für jeden Einsichtigen klar, daß in einer normalen Partei Röhm von Stund an ein erledigter Mann sein müßte. Freilich: in einer normalen Partei. Bei den Nazis bestehen offenbar Bindungen und Mitwisserschaften zwischen den obersten Führern, die es unmöglich machen, einen Mann wie Röhm fortzuschicken. Die Furcht vor Enthüllungen, die ein in die Wüste geschickter Röhm liefern könnte, muß im Braunen Hause maßlos sein!

Den Mitgliedern gegenüber aber hilft man sich durch — Schweigen! Nicht umsonst ist die NSDAP eine Partei der geistig Primitiven. Man hat ja eine Rubrik eingerichtet „Sie lügen, sie lügen!“. Also wird es wohl auch gelogen sein, daß Röhm beim Major Ranz war, wie natürlich auch die Röhm-Briefe „gefälscht“ sind. Und welcher SA-Mann macht sich Gedanken darüber, daß sein oberster Stabschef lieber 500 Mark Strafe auf sich nimmt, als daß er vor Gericht eine Zeugenaussage macht!?

Der Württembergische Landtag wird auf Dienstag, 11. Oktober, einberufen. Den Hauptgegenstand der Beratungen wird voraussichtlich die Aussprache über die Notverordnungen des Staatsministeriums zur Sicherung des Haushalts von Staat und Gemeinden bilden.

## Röhm Mordsangst



„Was zitterst du, Osa Röhm?“  
„Ich hab immer das Gefühl, als käme einer von hinten“

## Naziüberfall auf Reichsbanner

Schwere politische Bluttat in Breslau

Breslau, 4. Oktober.

Eine neue schwere politische Bluttat ereignete sich am Dienstagabend gegen 20.30 Uhr in der schlesischen Hauptstadt. Am Schweidnitzer Stadtgraben, in der Nähe der Graupenstraße, wurden vier jüngere Reichsbannerkameraden, die sich auf dem Wege zum Gewerkschaftshaus befanden, von mehreren ihnen unbekannteren Leuten mit „Freiheit“ angegriffen. Als die Reichsbannerkameraden den Gruß nicht erwiderten, da sie eine Provokation vermuteten, stürzten plötzlich eine Horde von etwa dreißig Nationalsozialisten aus dem Dunkeln hervor. Die Rohlinge schrien mit Messern auf die Ueberfallenen ein und brachten dem 16jährigen Jungbannerkameraden Stock vier tiefe Stiche in den Rücken bei, die in die Lunge eindringen.

Ein weiterer 23jähriger Reichsbannerkamerad Dietrich trug einen Stich in den Oberarm und Verstauchungen an den Händen davon. Die beiden Verletzten mußten sofort ins Krankenhaus übergeführt werden. Als Polizeibeamte am Tatort ein-

trafen, waren die Helden bereits verschwunden. Auch die Messerflieger sind unerkannt entkommen.

## Noch ein Ueberfall

Eine Stunde nach dem Ueberfall auf Reichsbannerleute am Schweidnitzer Stadtgraben ereignete sich in Breslau am Dienstagabend eine zweite politische Bluttat der Hakenkreuzler. Etwa um 21 Uhr fiel in der Nähe des Hauptbahnhofes etwa ein Dutzend Nazis über einen 18jährigen Jungbannerkameraden namens Herbert Gorchy, her und brachten ihm Jungbannermann mehrere tiefe Stiche in den Rücken bei. Der Ueberfallene konnte mit leichter Kraft zur nächsten Polizeiwache fliehen und wurde dann in außerordentlich bedenklichem Zustande ins Krankenhaus geschafft.

Es handelt sich auch bei der zweiten Bluttat um eine von den Nazis planmäßig vorbereitete Aktion. Auch in diesem Falle hatten die Rowdys dem Reichsbannermann, um ihn in die Falle zu locken, vor dem Ueberfall den Gruß „Freiheit“ zugerufen.

## Kampf ums Recht

Klage Preußens gegen die Diktatur

Leipzig, 4. Oktober.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich veröffentlichte heute nachmittag den Terminzettel für die Hauptverhandlung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen.

Die mündliche und öffentliche Verhandlung beginnt am Montag, dem 10. d. M., um 10½ Uhr, im Hauptstuhlgang des Reichsgerichts. Es ist eine mehrtägige Dauer vorgesehen. Als klagende Parteien treten auf:

1. das Land Preußen, vertreten durch das ehemalige Staatsministerium mit den Streitbevollmächtigten, den Ministerialdirektoren Dr. Badt und Dr. Brecht-Berlin und Universitätsprofessor Dr. Giese-Frankfurt a. M.,
2. die Zentrumsfraktion im Preussischen Landtag, vertreten durch Universitätsprofessor Dr. Peters-Berlin,
3. die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Preussischen Landtag, vertreten durch Universitätsprofessor Dr. Heller, Frankfurt a. M.,
4. der preussische Ministerpräsident Dr. h. c. Braun und die preussischen Minister Seewering, Hirtleifer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme und Klepper,
5. das Land Bayern, vertreten durch das Gesamtministerium und
6. das Land Baden, vertreten durch das Staatsministerium, mit den Streitbevollmächtigten Ministerialdirektor Dr. Fecht-Berlin und Ober-

regierungsrat Waf im badischen Ministerium des Innern.

Beklagt sind das Deutsche Reich, vertreten durch die Reichsregierung, und der Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen. Auf ihrer Seite treten als Streitbevollmächtigte auf: Ministerialdirektor Gottheimer, Ministerialrat Dr. Hoche, Professor Dr. Carl Schmidt-Berlin, Professor Dr. Jacobi-Leipzig und Professor Bilsinger-Halle.

## Slatin Pascha gestorben

Der Gefangene des Mahdi

In seiner Heimatstadt Wien ist gestern mittag im Alter von 75 Jahren Slatin Pascha gestorben, der seinerzeit Weltberühmtheit durch seine Abenteuer im Sudan erlangt hatte.

Mit 16 Jahren kam er, von Abenteuerlust gepackt, nach Ägypten, wo er mit den Forschern Schweinfurth, Kohls, Nachtigal und Heuglin zusammenkam. Im Jahre 1874 bereifte er den Sudan, wurde dort mit Gordon Pascha bekannt. Von 1876 bis 1878 weilte er wieder in seiner österreichischen Heimat und machte als Referentoffizier den Feldzug in Bosnien mit. Gordon Pascha berief ihn dann nach Ägypten, wo er, erst 22 Jahre alt, Gouverneur der Sudanesischen Provinz Darfur wurde. Er kämpfte gegen den religiösen Aufstand der Mahdisten. Schließlich mußte er sich am 24. Dezember 1883 dem Mahdi ergeben.

Slatin Pascha mußte elf furchtbare Leidensjahre über sich ergehen lassen und wurde vom Mahdi und später von seinem Nach-

## Naziangst vor Wahlen

Die Braunhosen verhindern Landtagsauflösung

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Darmstadt, 4. Oktober.

Die bloße Angst der Nazis vor Neuwahlen verhinderte am Dienstag die Auflösung des Hessischen Landtags. Schon vor Wochen hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf Auflösung gestellt, so daß die Nazis Zeit genug gehabt hatten, sich über ihre Haltung zur Neuwahl gleichzeitig mit der Reichstagswahl schlüssig zu werden. Aber erst kurz vor Beginn der Plenarsitzung am Dienstag kündigten sie einen Verlegenheitsantrag an, wonach die Auflösung zustimmen würden unter der Bedingung, daß die Zahl der Abgeordneten auf die Hälfte, nämlich 35, und außerdem die Ministergehälter auf 12 000 Mark herabgesetzt werden würden. Während sich das Zentrum einer Neuwahl überhaupt nicht geneigt zeigte, erklärten sich die Sozialdemokraten mit einer Herabsetzung der Mandatsziffer grundsätzlich einverstanden, jedoch nicht auf 35 Sitze, da sonst eine positive Arbeit im Parlament und eine geeignete Vertretung des hohen Landes völlig in Frage gestellt sein würde. Bereit waren die Sozialdemokraten zu einer Verminderung der Sitze auf 56. Außerdem stellten sie einen Ergänzungsantrag, wonach auch die Gehälter der höheren Beamten entsprechend herabzusetzen seien. Während nun die sofortige Minderung der Ministergehälter auf 12 000 Mark einstimmige Annahme fand, lehnten Nazis und Zentrum die Angleichung der hohen Beamtengehälter ab. Es entsteht somit der groteske Zustand, daß Ministerialräte künftig höhere Gehälter beziehen als die Minister!

Die Anträge der Sozialdemokraten und der Nazis auf Verminderung der Sitze wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Als man zur Abstimmung über den Auflösungsantrag selbst schritt, verließ die Nazi-Fraktion, die in Uniform erschien und deshalb von den Kommunisten als Listhosen begrüßt worden war, geschlossen die Sitzung. So wurde zwar der sozialdemokratische Antrag gegen die Zentrumsstimmen angenommen, blieb aber trotzdem unwirksam, weil die Verfassung die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten vorschreibt.

## Funk rund um Scholz

Der Unentbehrliche bleibt

Ein rechtsstehendes Nachrichtenbüro hatte gestern nachmittag die Meldung verbreitet, der Rundfunk-Scholz habe — endlich! — sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Die Entscheidung über die Annahme des Gesuches werde erst in einigen Tagen fallen.

Die Nachricht hat eingeschlagen. Eine „deutsche Einheitsfront“ schien sich aufzutun: Von rechts bis links schien man den Rücktritt des Funkdiktators als einen Anfang vom Besserwerden zu betrachten. Aber —

Aber am Abend war alles wieder ganz anders. Da ließ der Baron von Gaß als Reichsinnenminister amtlich mitteilen, daß er in einer Unterredung Scholz erucht habe, die Umstellung des Rundfunkwesens, soweit sie zur Zuständigkeit des Reichsinnenministers gehört, beschleunigt weiterzuführen, um den bisher unvermeidlichen Zwischenzustand mit seinen Begleitererscheinungen abzukürzen. Die Gerüchte von dem bevorstehenden oder gar erfolgten Rücktritt des Reichsrundfunkkommissars Scholz seien völlig erfunden!

Das ist beinahe eine verzwickelte Geschichte. Der Rundfunk bleibt — obwohl er in seiner jetzigen Desorganisation auf einmütige Ablehnung stößt — dem Manne ausgeliefert, der die Funkrichtungen wechseln möchte wie seine Parteibücher.

Aber was will man: es ist durchaus begreiflich, daß die Regierung der Papen-Gaß-Bracht sich von dem Manne nicht trennen kann!

folger Abdullah auf deren Kriegszügen in schweren Reiten mitgeschleppt. Am 20. Februar 1895 gelang ihm die von seinen Freunden oft vergeblich vorbereitete Flucht. Jetzt trat er als Oberst mit dem Paschaitel in die anglo-ägyptische Armee ein und war in dem 1898 von Lord Kitchener endlich siegreich beendeten Feldzug gegen die Mahdi Chef des militärischen Nachrichtendienstes. Seine abenteuerlichen Erlebnisse hat Slatin Pascha, dem im Jahre 1906 in Oesterreich der Freiherrntitel verliehen wurde, in dem Buch „Feuer und Schwert im Sudan“ aufgezeichnet.



**ODO-ZAHNPASTE**  
mit Lingner-Gedenkmünzen... sie haben Kaufkraft.





# Die Anfurberung

## Theorie und Praxis im Bankgewerbe

„Die Vertreter des Bankgewerbes betrachten es als Pflicht ihres Berufsstandes wie aller Glieder der deutschen Wirtschaft, sich mit voller Kraft für das Gelingen des Regierungsplanes einzusetzen und Einzelwünsche vor dem Allgemeinwohl zurücktreten zu lassen.“

Diese Entschliessung wurde am 29. September 1932 in der Vorstandssitzung und Ausschussung des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes gefasst. Die gleiche Stellungnahme findet auch in dem letzten Wirtschaftsbericht der Commerz- und Privatbank an, worin das Unternehmertum aufgefordert wird, von dem in den letzten Jahren üblichen System des Personalabbaues abzugehen und jetzt gemäß der Vapen-Berordnung zur Einstellung von Arbeitskräften zu schreiten.

Was hat die Bankiergewaltigen bisher daran gehindert, diese Richtlinien im eigenen Hause zu befolgen? Ihre ganze bisherige Praxis steht im schärfsten Gegensatz zu dieser Theorie.

Bei der Deutschen Bank u. Disconto-Gesellschaft schwebten seit längerer Zeit zwischen Betriebsrat und Direktion Verhandlungen über die Entlassung von 200 bis 300 Angestellten. Die Bemühungen des freigewerkschaftlichen Betriebsratsvorsitzenden führten dann zu einem neuen Vorschlag der Direktion, die Kündigungen unausgesprochen zu lassen, die einzufreisende Summe aber auf Kosten der Dedibantangestellten hereinzuholen. Die Arbeitszeit sollte auf 44 Stunden wöchentlich herabgesetzt oder aber ein unbezahlter Urlaub eingeführt werden. Als Ausgleich sollten die Angestellten auf 4 Proz. ihres Gehalts verzichten.

Die Verhandlungen führten schließlich zu dem vorläufigen Ergebnis, daß die Belegschaft der Dedibant für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. März 1933 einen Gehaltsabzug von 2 Proz. hinnehmen und dafür der einzelne Angestellte einen Sonderurlaub von insgesamt drei Arbeitstagen erhalten soll. Die Direktion andererseits verpflichtet sich, während der Dauer des Abkommens keine Kündigungen auszusprechen. Die Entscheidung über das Zustandekommen dieser Vereinbarung liegt in den Händen der Belegschaft, die am Mittwoch dieser Woche ihre Stellungnahme durch eine im Betrieb vorzunehmende Urabstimmung festlegen wird. Da die Kündigungen noch drohen, wird sich die Belegschaft unter dem Druck der Verhältnisse wahrscheinlich für die Annahme der Vereinbarung entscheiden.

Zur gleichen Zeit fanden zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und dem Reichsverband der Bankleitungen Besprechungen über ein Kurzarbeitsabkommen statt. Der Vorschlag der Bankleitungen ging dahin, Sonderurlaub von halben bis ganzen Dienntagen einzuschalten. Der Abzug für jeden Tag Sonderurlaub sollte 4 Proz., im Monat nicht mehr als für fünf Tage betragen, so daß also der einzelne Angestellte bei der bekannten Ausnutzung einer solchen Vereinbarung durch den Arbeitgeber praktisch mit einem Gehaltsabzug von 20 Proz. im Monat zu rechnen hätte. Darüber hinaus sollten die Bankleitungen die Möglichkeit haben, diese Vereinbarung auf bestimmte Arbeitnehmer nicht anzuwenden. Da dieses Abkommen noch dazu keinerlei zeitliche Begrenzung aufwies, verließen die Besprechungen ergebnislos.

Bei der Commerz- u. Privatbank Berlin sind am 30. September 1932 ungefähr 150 Kündigungen erfolgt. So verfährt hier dieselbe Direktion, die anderen Betrieben

zwecks Anfurberung der Wirtschaft die Einstellung von Arbeitskräften empfiehlt. Das rigore Vorgehen dieser Großbankleitung, das sich bei früheren ähnlichen Vorgängen schon gezeigt hat, tritt auch bei den jetzigen Kündigungen deutlich hervor. Denn bei diesem Abbau werden sogar Angestellte mit mehr als 20 Dienstjahren und zwei Kindern auf die Straße gesetzt. Anscheinend sind der Comprimandirektion bei dieser Personalpolitik bereits Bedenken aufgestiegen, denn sie hat versucht, mit der Betriebsvertretung über ein Abkommen ähnlich wie bei der Dedibant zu verhandeln.

Die dritte Berliner Großbank, die Dresdener Bank, darf selbstverständlich in dem Reigen des Personalabbaues nicht fehlen. Sie hat ebenfalls am 30. September 150 Pensionierungen und 200 Kündigungen ausgesprochen. Wenn auch infolge der mit der Danabank erfolgten Fusion hier eher mit Personalentlassungen zu rechnen war, so muß man doch immer wieder betonen, daß die Banken selbst an die von ihnen so eifrig propagierte Belebung der Wirtschaft offenbar nicht glauben. Das Bild wird vervollständigt durch die Mitteilungen aus dem Reichsgebiet, daß auch dort Kündigungen in großem Ausmaß erfolgt sind.

In diesem Zusammenhang sei noch die „Berliner Börsen-Zeitung“ erwähnt, die am 30. September 1932 einen Artikel „Gegen die Sabotage der Gewerkschaften“ brachte und auf derselben Seite einen Bericht über die Sitzung des Centralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes. In diesem Bericht wird gesagt, daß es zur Vernichtung des deutschen Kredits führen würde, wenn Vertragsverhältnisse, die auf Treu und Glauben und rechtlichen Bindungen fußen, willkürlich, je nach den Umständen wechselnden Eingriffen der Staatsgewalt unterliegen.

Es handelt sich hier um eine Kritik an den Regierungsmassnahmen, die als Hilfestellungen für die Landwirtschaft gedacht sind, nicht etwa um den Einbruch in das Tarifrecht. Der Entdecker der „Sabotage der Gewerkschaften“ aber schließt mit den Worten des Reichspräsidenten:

„Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“

Darauf kommt es an! Deshalb muß die Verordnung, die ausschließlich die Arbeitnehmer belastet, dem Unternehmertum aber Gewinne bringt, aufgehoben werden. Pflicht der Regierung ist es, die Abwärtstendenz der vielfach vom Staat subventionierten Großbanken schnellstens einzudämmen, um so mehr, als im Bankgewerbe ganz andere Möglichkeiten bestehen, den Etat herabzusetzen. Die Bezüge des Hauptauschusses bei der Dedibant, ebenso die Bezüge der Vorstandsmitglieder und Direktoren der Großbanken können eher einen Abbau ertragen, bevor Personalentlassungen vorgenommen werden.

Die Bankangestellten sollten jedenfalls aus diesen Vorgängen die nötige Schlussfolgerung ziehen, sich ihren freigewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen.

## Gehaltschacher

### Im Berliner Einzelhandel

Am Freitag wird sich der Schlichtungsausschuss mit dem Tarifstreit im Berliner Einzelhandel befassen. Wie unverändert die im „Vorwärts“ bereits erwähnten Forderungen der Berliner Einzelhändler sind, wurde auf einer vom 3. d. M. zu Dienstag einberufenen Presskonferenz

an praktischen Beispielen dargelegt. Zu dieser Konferenz waren aus den verschiedensten Berliner Kauf- und Warenhäusern Angestellte geladen worden, um über ihre jetzigen Verdienste sowie darüber Aufschluß zu geben, was man ihnen nach dem 1. Oktober noch gnädig zugestehen will.

Da sah zum Beispiel ein Substitut eines großen Warenhauses in Neufölln, der jetzt in der Gruppe III ein Höchstgehalt von 280 M. und dazu 10 M. Verheiratenzulage, insgesamt also ein Bruttogehalt von 290 M. bezieht. Die Gehaltsgruppe III soll nach den Wünschen der Unternehmer samt der Gruppe IV und der Familienzulage in allen Gruppen in Fortfall kommen, so daß dieser Substitut nur noch einen tarifmäßigen Anspruch auf das Höchstgehalt der Gruppe II in Höhe von 189 M. haben würde.

Ein verheirateter Gardinenvorkäufer einer bekannten Firma in der Leipziger Straße, der tadellos angezogen sein muß, hat jetzt ein Bruttogehalt von 228 M. einschließlich Familienzulage und würde nachher gleichfalls nur 189 M. bekommen.

Die 24jährige Lederverkäuferin eines anderen erstklassigen Kaufhauses, die in der Gruppe I ist, würde anstatt 104,50 M. brutto nur noch 92 M. erhalten.

Die Lehrlinge, die bisher im ersten Lehrjahr 12 Arbeitstage, im zweiten Jahre 10 Tage und im dritten Lehrjahr 8 Arbeitstage Urlaub erhielten, sollen in Zukunft nur noch 9, 6 oder drei Urlaubstage bekommen. Den über 18 Jahre alten Angestellten soll der Urlaub ebenfalls um ein Drittel gekürzt werden, so daß der Höchsturlaub nach siebenjähriger Tätigkeit noch 12 Arbeitstage betragen würde.

Genosse Gottfurcht erklärte in dieser Presskonferenz mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß der 3. d. M. auf keinen Fall mit derartigen Verschlechterungen einverstanden sein wird. Sollten die Unternehmer von ihren Forderungen nicht abgehen, dann wird zwar kein genereller Streik im Berliner Einzelhandel ausbrechen, aber in all den Firmen die Arbeit eingestellt werden, die der 3. d. M. für die geeignetsten zur Durchsetzung seiner Ziele hält.

## Auch ohne Lohndruck

### Notverordnungs-Einstellungen

Halle, 4. Oktober.

In den Betrieben der Mansfeld A. G., soweit sie dem Mansfeld-Tarifvertrag unterliegen, wird ab 1. Oktober bis auf weiteres die Arbeit in der Weise gestoppt, daß von jedem Arbeiter in je zwei Monaten drei Feiertagen entfallen werden. Auf diese Weise soll die Neueinstellung von 600 Mann ermöglicht werden.

Bei den Braunschweigischen Kohlenbergwerken bestand die Absicht, den Abraumbetrieb „Treue“ wie in den Vorjahren so auch in diesem Jahre im Herbst stillzulegen. Es sollten am 8. Oktober etwa 370 Bergleute zur Entlassung kommen. Die Firma hat sich entschlossen, die beabsichtigte Stilllegung zunächst nicht durchzuführen.

Die Betriebe der Bentzinger Kohlenwerke A. G. ruhten seit April d. J. Es sind im September 65 Mann und am 3. Oktober weitere 35 Mann eingestellt worden.

Manheim, 4. Oktober.

Wie die Verwaltung der Mannheimer Schuhfabrik G. Rohz mitteilt, hat sie insgesamt 200 Leute neu eingestellt und beschäftigt diese volle 48 Stunden wöchentlich.

Die Firma Metz in Möstingen (Württemberg) hat auf Grund der letzten Roterordnung 100 Arbeitskräfte neu eingestellt und beschäftigt sie volle 48 Stunden, nachdem bisher

der Betrieb das ganze Jahr über durch Kurzarbeit aufrechterhalten wurde.

Ueberflüssig zu betonen, daß wir statt Feiertagen nach wie vor Verfügung der Arbeitszeit fordern, statt voller 48 Stunden nur 40 Stunden wobei mehr Arbeiter beschäftigt werden als bei 48 Stunden. Hier geht es lediglich zu zeigen, daß es auch ohne Notverordnungs-Vorbereitungen geht.

## Briefe geschlagen

### Einigung mit Schuh-Leiser

Die Belegschaft der Firma Leiser hatte sich, wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, ganz entschieden gegen die Abbaupläne der Berliner Einzelhändler gewandt und ihre Firmenleitung nicht im Unklaren darüber gelassen, daß sie jeden Abbaueversuch mit der Arbeitseinstellung beantworten würde. Die Firmenleitung hat sich in Verhandlungen mit den Gewerkschaften und dem Betriebsrat bereit erklärt, die jetzigen Löhne und Gehälter unverändert bis zum 31. Dezember weiter zu zahlen.

Mit diesem Zugeständnis, dem die Belegschaft sicherlich zustimmen wird, hat die Firma Leiser den Beweis erbracht, daß es ohne Gefährdung des Geschäfts sehr wohl möglich ist, die bisherigen ohnehin stark gekürzten Löhne und Gehälter im Berliner Einzelhandel weiter zu zahlen. Für den Arbeitgeberverband im Berliner Einzelhandel, der am Freitag in den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss die Berechtigung seiner Abbauforderungen nachweisen soll, ist durch das Zugeständnis der Firma Leiser die Position einfach unhaltbar geworden.

## Gegen Tarif- und Streikrecht

### „Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“

Das Arbeitsgericht in München hat auf Antrag des Bayerischen Baugewerksverbandes gegen den Deutschen Baugewerksbund und gegen den Zentralverband der Zimmerer eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach den beiden Gewerkschaften die Führung und Unterstützung eines sich gegen die Notverordnung vom 5. September 1932 richtenden Arbeitskampfes verboten wird.

Die Gewerkschaften haben Widerspruch eingelegt. Das Arbeitsgericht wird in den nächsten Tagen über die Rechtmäßigkeit der Verfügung entscheiden.

Die Arbeitslosigkeit in Belgien ist zurückgegangen um etwa 10 000 Arbeitslose im September. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 165 000, darunter werden 168 000 Kurzarbeiter gezählt.

11,5 Millionen Arbeitslose in Amerika sind nach einer Aufstellung des Gewerkschaftsbundes Ende August gezählt worden.

Die Baudelegierten des Baugewerksbundes kommen morgen, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Haus der Baugewerkschaft, Großbeerenstr. 96, zu einer wichtigen Baudelegiertenversammlung zusammen. Alle Baudelegierten werden ersucht, unbedingt an dieser Baudelegiertenversammlung teilzunehmen. Mitgliedsbuch und Baudelegiertenkarte sind am Saaleingang vorzuzeigen.

Der Vorstand der Baugewerkschaft Berlin.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“. / Bezugspreise: Wochentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (Daron 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. / Halbjährlich 12 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitung, und 22 Pf. Postbefreiung. Auslandabonnentent 3,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 4,65 M. Bei Ausland der Zeitung wegen höherer Gestalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einseitige Zeilenzeile 20 Pf., Reklamezeile 1,50 M., 11-tägige Anzeigen 10 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Einblend. 3 wochentlich 10 Pf., Kabart laut Tarif. / Werte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Mittelzeile 20 Pf., Familienanzeigen Mittelzeile 10 Pf., Familienanzeigen im Hauptgeschäft, Einblend. 3 wochentlich 10 Pf., bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Richard Schwarz; Wirtschaft: Richard Schwarz; Kultur: Richard Schwarz; Sport: Richard Schwarz; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Otto Pöngel; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. / Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 8.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Todes-Anzeigen**  
Den Angehörigen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Formner  
**Max Klemm**  
geb. 25 Juni 1893, am 30. September gestorben ist.  
Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 5. Oktober, 18 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Niebelsdorferstr., statt.  
Am 2. Oktober nach unser Kollege, der Silberarbeiter  
**Bruno Brückner**  
geb. 17. Februar 1876.  
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 6. Oktober, 16 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Niebelsdorferstr., statt.  
Gehet ihrem Andenken!  
Ruhe Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung

**Damen-Mäntel**  
zu ganz niedrigen Preisen  
**Maßanfertigung**  
spez. für starke Damen  
**Paul Linck, Damen-Mäntel-Fabrik**  
u. Hölz, Neufölln, Reuterstr. 63

**Staats Theater**  
Mittwoch, den 5. Oktober  
**Staatsoper Unter den Linden**  
19½ Uhr  
**Der Rosenkavalier**  
Staatliches Schauspielhaus  
20 Uhr  
**Die Journalisten**

**VOLKSBUHNE**  
Theater am Bülowplatz  
D. L. Norden 2944. Abends 8¼ Uhr  
**Letzte 3 Aufführungen**  
von  
**Der Revisor** von Gogol  
Regie: Heinz Hilpert  
Sonntagnachm. 3¼ Uhr Premierenbesetzung. — Preise 0,75 bis 4.— Mk.

**SCAVA**  
Tägl. 9 u. 9¼ Uhr  
**3 ANDREU-RIVALS**  
BARK. Y. GÉCY  
WALLBURG usw.

**PIAZZA**  
Tägl. 10.15, 11.15, 12.15 u. 1.15 Uhr  
**Der Bettelstudent**

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Fraunhofer 6231  
Mittwoch, 5. Oktbr.  
Tarnus III:  
**Macbeth**  
20 Uhr  
Onéglin, Reinmar, Andrésen, Gottlieb, Cavara, Feher, Dirig.: Fritz Siedry

**Schiller**  
Friedrichstr. 20/21  
Steinpl. (O) 6715  
Für nach 8 Vorstellungen  
Täglich 8¼ Uhr  
Der 18. Oktober  
Sens. 1. Akt, 1¼ Uhr:  
Ermöglicht Aufführung:  
Die verurteilten Glöckner  
**THEATRE**

**BERLINER THEAT.**  
A7 800. 425  
Letzte Woche  
8¼ Uhr  
**MOISSI**  
Der lebende  
Leichnam  
8.00 Pf. — 4 M

**Winter Garten**  
8 Uhr 15. Flora 3434. Randen erl.  
**Vier Bronnerts,**  
George Dormonde, Lord Ain,  
Mary Erik & Co., 7 Alfredos  
H. S. W.  
Karten - abends schon von 70 Pf. nachm. von 50 Pf. an

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr  
Lothringstr. 37.  
Auch Sonntags nachm. 4 Uhr:  
**Neu! Königin der Luft Neu!**  
Humor! Stimmung!  
Man lacht Tränen über Direktor Hans Berg als Tante Juichen.  
Gutschein für die Leser 3-4 Personen  
Faut. 0,75 M., Sessel 1,25 M., Park. 0,30 M.

**Kleines Th. 8¼**  
Merkur 1624  
Unter den Linden 44  
Leitung: Eugen Felber.  
**General Beren**  
gründet ein königlich  
Königliches von Stadt  
Regier. Eugen Felber.  
Preis v. 1.- M. an

**Theater Westens**  
C 1 Steinpl. 6931  
Heute  
Mittwoch, 5. Okt. 8¼  
Wiedereröffnung  
**Paganini**  
Quartett von Lohrer  
Vera Schwarz  
Ed. Lichtenstein u. a.  
Preise 0,50—2,50  
Vorverk. ausverkauft

**Theater im Admiralspalast**  
Täglich 8¼ Uhr  
8¼ Uhr  
**Alpar**  
in  
Katharina

**metropol-Theater**  
Täglich 8¼ Uhr  
Freitag  
**Maffary**  
in  
Eine Frau, die weiß,  
was sie will!

**Stettiner Sänger**  
Reichshallen-Theater  
(Dönhofsplatz)  
Dir. Meysel. Dir. Meysel.  
Tägl. 8.15 Uhr, Sonntags  
3.30 Uhr (ermäßigte Pr.)  
**Das neue Programm**  
mit der Poise  
**„Und abends wird getanzt“**

**Lose** in allen  
Abschnitten  
und reicher  
Nummern-  
Auswahl  
zur 1. Klasse am 21. u. 22. Oktbr.  
empfiehlt und verwendet  
**Friedrich Müller**  
Berlin SW. 19  
Jerusalemstr. 19  
zwischen Leipzigerstr. u. Hauptvogelp.  
Telephon: Merkur 2394.

**Deutsches Theater**  
Weldend. 5201.  
8 Uhr  
**Rose Bernd**  
von Gerhart Hauptmann  
mit Paula Wessely

**Lessing-Theater**  
Tägl. 8¼ Uhr  
**Grete Mosheim**  
Oskar Homolka  
in  
**Pygmalion**

**Kammerspiele**  
8¼ Uhr  
Letzte Aufführung  
**Schicksal**  
nach Wunsch  
Freitag, 7. Oktbr.  
**Das Verlobnis**  
von Rich Billinger

**Theater am Schiffbauerdamm**  
D 2 Weldend. 9995  
Täglich 8¼ Uhr  
**„Kolonne Immergrün“**  
Bel. Kom. u. Hans Brenner  
mit Harald Paulsen



Uebereifer ...!

Ein verständiges Revisionsurteil

Durch die mildere Auffassung der Berufungsinstanz sind der Steuersekretär K. und der Schlossermeister P. vor der gegen sie vom Schöffengericht erkannten Zuchthausstrafe wegen schwerer Urkundenfälschung bzw. Anstiftung bewahrt worden.

Der Fall des Steuerbeamten K. hat eine gewisse Tragik, denn K. hat sich ohne jeden Vorteil zu seiner Handlungsweise aus dienstlichem Uebereifer verleiten lassen. Die Firma, bei der P. Geschäftsführer war, schuldet dem Finanzamt Geldsummen etwa 1000 R. Steuer und K. war als Vollstreckungsbeamter seit Monaten hinter einem Geschäftsauto dieser Firma her, das er pfänden wollte, dessen er aber niemals habhaft wurde. Inzwischen hatte am 15. April vorigen Jahres ein anderer Gläubiger das Auto gepfändet. P. wollte es diesem Gläubiger aber nicht zukommen lassen, sondern lieber dem Finanzamt. Deshalb bestellte er den Steuerbeamten in eine Gastwirtschaft und veranlasste ihn dort, ein Pfändungsprotokoll auszufertigen, das aber um eine Woche vor datiert wurde. Infolgedessen mußte der andere Gläubiger das Auto dem Finanzamt freigeben. Die Sache kam aber später durch Zufall heraus, K. und P. wurden angeklagt und zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Auf die Berufung hob die Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsrat Caro das Zuchthausurteil auf und verurteilte die Angeklagten aus dem milderen Beamtenparagrafen 348 zu je drei Monaten Gefängnis. Die bisher unbefragten Angeklagten erhielten außerdem eine dreijährige Bewährungsfrist.

Patronen beim SA-Mann

Sensation im Kommunistenprozeß

Im Prozeß gegen die Kommunisten vor dem Sondergericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Tolt gab es gestern noch mehrere äußerst sensationelle und die Nationalsozialisten schwer belastende Aussagen.

So mußte ein Bewohner des Hauses Königsstraße 12, in dem sich das SA-Lokal befindet, zu erzählen, wie er unmittelbar nach der Schließung zwei SA-Leute aus dem Fenster hat springen sehen. Ein kommunistischer Zeuge behauptete, daß er in einem Hausflur sich mit verschiedenen Leuten unmittelbar nach den Vorfällen in der Königsstraße unterhalten habe. Der schwerverletzte Gattache wurde gerade forttransportiert. Ein SA-Mann, der an der Unterhaltung teilnahm, sagte: „Da wird Gattache in Begleitung von zwei schwerbewaffneten SA-Leuten fortgeschafft.“ Und schließlich die Aussage des Pflegers aus dem Krankenhaus, in das der verletzte Camman eingeliefert worden war. Es wurden bei Camman vier Patronen gefunden. Das waren also die angeblich völlig unbewaffneten SA-Leute am 29. August in der Königsstraße beim Ueberfall der Kommunisten auf die Nazis.

Mit diesen Zeugen und einigen anderen, die gleichfalls gestern vernommen wurden, war die Beweisaufnahme eigentlich erschöpft. Rechtsanwalt Dr. Litten hat aber noch einen Evidenzantrag gestellt. Es ist nämlich eines Tages bei ihm ein SA-Mann erschienen, der ausführliche Befundungen über die Vorfälle am 29. August in der Königsstraße zu Protokoll gegeben hat. Manche Einzelheiten haben sich während der Verhandlungen in verblüffender Weise bestätigt.

Schädling unschädlich gemacht

Das Hamburger Schöffengericht verurteilte den 34jährigen Kaufmann Hermann Rarion wegen Betruges im Rückfalle und gewinnfächtiger Urkundenfälschung zu vier Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hatte in den Jahren 1929 bis 1932 in 25 deutschen Städten Kautionswindel betrieben, durch den er zahlreiche Angestellte und Handwerker um ihr lehtes Geld und sie selbst und ihre Familie in Not und Verzweiflung gebracht hatte.

Protest gegen Bracht

Stadtparlament und Verwaltungsreform — Kohlen für die Frierenden

Die Stadtverordnetenversammlung beriet gestern in erster Lesung die Vorlage des Magistrats wegen der

Neueingaltung der Berliner Bezirksverwaltungen.

Der „Vorwärts“ hat in einer Reihe Aufsätze aus berufener Feder zu dem Problem Stellung genommen und im Inhalt der Vorlage auseinandergesetzt. Als erster Redner sprach

Stadto. Flatou (Soz.).

Er protestierte auf das schärfste gegen das Vorgehen des Reichskommissars Bracht, der Äußerungen der Presse — wie er sich in einem Schreiben an den Oberbürgermeister Dr. Sahm ausdrückte — zum Anlaß seiner Vorlage gegen Berlin nahm. Nach den Brachtschen Anweisungen sollten die Berliner Verwaltungskörperschaften bis zum 15. Oktober eine Neuordnung der Bezirkseinteilung und -verwaltungen beenden. Herr Bracht kannte also keinen anderen Weg zu seiner Information, als die Artikel der Sensationspresse.

Dem Reichskommissar Bracht war es völlig entgangen, daß eine Neuordnung eine rein städtische Angelegenheit ist, die nur von den Selbstverwaltungskörperschaften, also von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, erledigt werden kann.

Ohne Rücksicht auf die Leistungen dieser Selbstverwaltungskörperschaften für das Wohl der Stadt hat Bracht seine Verfügung in die Welt gesetzt, Grund genug, gegen eine solche „grundtätigliche“ neue Art der Staatsführung zu protestieren. (Sehr richtig bei den Soz.)

Die Sozialdemokraten haben sich durchaus nicht den Schwierigkeiten verschlossen, die sich aus der seinerzeit zufällig sich ergebenden Zahl von 20 Bezirken im Lauf der Jahre ergaben und sie sind bereit, den Wünschen der Bevölkerung nach Vereinfachung der Verwaltung Rechnung zu tragen. Schließlich ist eine solche Vereinfachung die Grundlage zu Ersparnissen. Einzelheiten der Vorlage werden im vorbereitenden Ausschuss geprüft, wo Wünsche einzelner Bezirke berücksichtigt werden müssen. Für die

Beteiligung des ehrenamtlichen Elements

an der Verwaltung Berlins schafft die Vorlage durchaus geeignete Voraussetzungen; in den Bezirken kommt dies zum Ausdruck. Das Fehlen gewisser sozialdemokratischer Vorschläge in der

Vorlage wird die sozialdemokratische Fraktion zu einer besonders genauen Nachprüfung veranlassen, wobei wiederum betont werden muß, daß

wie stets in der Selbstverwaltung, auch diesmal die Sozialdemokratie ihre Mitarbeit nicht versagen wird.

(Bravo bei den Soz.)

Stadto. Pief (Komm.) bezeichnete die Vorlage als ein Ergebnis der Bürgerkriegsstrategie der Polizei, die bei der vorgesehenen Neueinteilung der Bezirke nach dem Radialsystem die Ausfallstraßen zu Angriffen auf die werktätige Bevölkerung benutzen will!

Stadto. Granaß (Dnat.) verjagte sich namens seiner Fraktion dem Protest gegen Bracht. (Hört, hört-Rufe.) Eine Besetzung Berlins herbeizuführen sei unter allen Umständen nötig, wenn nicht durch die Selbstverwaltung, so auf anderem Wege.

Stadto. Schwarz (Sp.) meinte, bei aller Kritik gegen die Vorlage sei gegenwärtig kein Anlaß zu langen Reden gegeben. Man solle vielmehr zunächst die Ausschussberatungen abwarten. Für die Nationalsozialisten sprach Stadto. Treff, für die Bürgerliche Fraktion Stadto. Reins;

Stadto. Lange (Z.) schloß sich dem Protest gegen Bracht an.

Die Vorlage wurde schließlich einem fünfundzwanziggliedrigen Ausschuss überwiesen, in dem der Vorsteher Haß (Soz.) den Vorsitz führt.

\*

Zu Beginn der Sitzung nahm die Versammlung den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig an, der vom Oberbürgermeister die

Sicherstellung der Winterkohlenlieferung an die Unterstufungscampfer

verlangt. Verabschiedet wurde auch die Neuordnung der Unterstufung des Philharmonischen Orchesters durch die Stadt. Danach zählt Berlin dem Orchester jährlich eine Beihilfe von 180 000 M., als Gegenleistung veranlassen die Philharmoniker eine Anzahl billiger Volkskonzerte. Die Beihilfen für das ausgefüllte Sinfonie-(Blüthner)-Orchester, fallen in Zukunft fort. Die Bilanzen einer Anzahl städtischer Gesellschaften wurden von der Versammlung genehmigt.

Die verdächtigen SA-Aussagen

Jungbannermann Schmidt hat nicht geschossen!

Die Verhandlung gegen die Eiserne Front-Leute vor dem Sondergericht stand gestern unmittelbar vor dem Abschluß. Die Vernehmung der letzten Zeugen brachte aber unerwartet eine große Ueberbahrung.

Die Tante des 16jährigen Angeklagten, des Jungbannermannes Schmidt, der von sechs SA-Leuten schwer belastet wird — die einen wollen in ihm den Schützen erkannt haben, die anderen wollen gesehen haben, wie er auf dem Sozius des Motorrades vom Angeklagten Boh mit dem Revolver in der Hand dahinflaute — erzählte, wie ihr Neffe, der nie einen Revolver besessen hat und immer wieder seine Unschuld beteuert, ihr gesagt habe,

daß er wohl wisse, wer geschossen habe,

mit der Wahrheit aber nicht herauskomme, um nicht einen Kameraden zu belasten. Der Mann, der mit ihm im Beiwagen saß, sei, als die Nazis in ihrer Uebermacht über den Motorradfahrer herfielen, hinter den Lieferwagen gelaufen und habe die Hand wie zum Schutz erhoben gehalten. Gleich darauf hatten Schüsse geknallt. Ob das stimmt, fragt der Vorsitzende den Angeklagten. Ja, es sei so gewesen. Der Kamerad im Beiwagen habe ebensolche rote Wangen gehabt wie er und sei auch mit einer Windjacke bekleidet gewesen. Wer dieser Kamerad gewesen sei? Den Namen kenne er nicht. Nun meldet sich der Angeklagte Boh. Er habe versucht, den Namen des Betreffenden zu ermitteln, es sei ihm aber nur ge-

lungen, einen Teilnehmer der Propagandafahrt namens Förster festzustellen, der den in Frage kommenden kennen müsse. Das Gericht beschließt, Förster zu laden.

Das Gericht befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage. Der 16jährige Schmidt macht einen ganz vorzüglichen Eindruck. Seine Ruhe ist geradezu unerschütterlich. So verhält sich vor Gericht ein Schuldiger. Seinen Unschuldsbeteuerungen stehen aber sechs vereidigte SA-Aussagen gegenüber, teils bewußt unwahre, teils vielleicht im guten Glauben gemachte. Hatte aber der Mann im Beiwagen geschossen und sah er dem Angeklagten Schmidt ähnlich, so konnten die Zeugen sich geirrt haben.

Das Gericht wird selbst die vereidigten Aussagen der SA-Leute ganz genau unter die Lupe nehmen müssen;

man weiß ja, wie leicht es diese Herren mit der Wahrheit nehmen. Ein Beispiel statt vielen. Der Gastwirt Staade in Börnicke hat unter seinem Eide erklärt, er habe zu niemandem etwas die Nazis Belastendes gesagt. Die Parteisekretäre Lüt und Schulz, die unmittelbar nach den Vorfällen am 10. Juli in der Gastwirtschaft herumhockten, bekundeten aber, daß Staade ihnen gesagt habe, daß ein Nazi hinter einem Baum Stellung genommen und geschossen habe. Im Pflahl würde man wahrscheinlich Waffen finden. Der Gastwirt gab nun die Möglichkeit zu, Nehmsches

geklagt zu haben. Und die Zeugen, die den Nazi-angeklagten Beder noch vor drei Tagen schüchtern als den Mann mit dem Spaten und dem Revolver wiedererkannten, wollten ihn nun in Uniform nicht mehr erkennen. Den Angeklagten Leichmann erkennt als Schützen nur der SA-Mann Hartmann.

Bleiben noch die Mitglieder des Radfahrerbundes „Solidarität“ Boh und Bachmann. Ein jeder, der die Geistesverfassung der Mitglieder dieses Radfahrerbundes kennt, weiß, wie lächerlich die Behauptung ist, die beiden Angeklagten hätten ihre Mitfahrer Schmidt und Leichmann zu verlustem Totschlag angehetzt. Dafür liegt auch nicht die Spur eines Beweises vor. Das Gericht scheint ungehalten darüber zu sein, daß eine so große Anzahl von Zeugen, die Teilnehmer der Propagandafahrt waren, nicht gehört haben, daß von ihrer Seite geschossen worden sei, während doch drei SA-Leute verletzt worden seien. Man sollte aber berücksichtigen, daß die Motorradfahrer schon bei den ersten Schüssen Gas gegeben haben und davongefahren sind. Woher sollen sie nun wissen, von welcher Seite geschossen worden ist? Das Gericht wird äußerst vorsichtig zu Werke gehen müssen.

Das Urteil ist heute in den späten Nachmittagsstunden zu erwarten.

Motorrad explodiert

Ein folgenschwerer Zusammenstoß

Auf der Kreuzung Haupt- und Stierstraße in Schöneberg ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Straßenunfall.

Der 24 Jahre alte Motorradfahrer Walter Lehmann vom Halleschen Ufer 19 prallte dort mit einer Straßenbahn zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde das Motorrad zertrümmert und zu allem Unglück explodierte auch noch der Benzintank, der schadhast geworden war. L. erlitt schwere Brandverletzungen und mußte sofort ins Schöneberger St. Robert-Krankenhaus überführt werden.

Bei einem zweiten Motorradunfall kam ein Reichsmehrergeretter Otto Genz vom Rathenower Reiterregiment 3 schwer zu Schaden. Der Soldat wurde an der Ecke Prinz-Regenten- und Güntelstraße von einem Privatauto erfasst und überfahren. Schwerverletzt fand Genz im Achenbach-Krankenhaus Aufnahme.

Todessturz vom Baum

Immer wieder die Kastanien

Überall kann man jetzt zur Reifezeit der Kastanien Kinder beobachten, die auf die Bäume klettern, um die Früchte herunterzuschütteln. Schon zweimal haben dabei Berliner Jungen im Alter von 9 und 10 Jahren durch Absturz den Tod gefunden. Jetzt wird abermals ein Fall bekannt, der sich an Nordhagen in Spandau zutrug. Dort stürzte der 12jährige Schüler Werner Leich aus der Schöferstraße 24 in Spandau aus 8 Meter Höhe von einem Kastanienbaum und schlug so unglücklich mit dem Kopf auf das Straßenpflaster, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Im Spandauer Krankenhaus ist das unglückliche Kind bald nach der Einlieferung gestorben.

Dieser neuerliche Todesfall sollte allen Erwachsenen Veranlassung geben, die Jugendlichen von ihrer gefährlichen Baumkletterei durch scharfe Ermahnung abzuhalten.

Jungbannern Groß-Berlin! Heute keine Zusammenkunft der Jungbannernführer im Gaubüro!

Neue Kurse für erwerbslose Jugendliche. Für den Bezirk Schöneberg werden im Vierteljahr Oktober/November wieder Lehrgänge für erwerbslose Jugendliche vom Jugendamt in Verbindung mit dem Arbeitsamt Berlin-Südwest eingerichtet. Es sind zur Zeit folgende Kurse für Jugendliche im Alter von 14 bis 23 Jahren vorgesehen: holzverarbeitungslehrgang, Metallverarbeitungslehrgang, Kursus für Büroboten und Packer und ein hauswirtschaftlicher Lehrgang für Mädchen. Meldungen und nähere Auskunft für alle Kurse in der Geschäftsstelle für Jugendpflege, Rathaus Rudolph-Wilde-Platz, Zimmer 41/42.

Advertisement for OSRAM light bulbs. Text: Elektrisches Licht ist billig! Lassen Sie sich vom Lichtfachmann Ratschläge für Ihre Beleuchtung geben. 40 und 60 Watt sind die begehrten OSRAM-Typen. OSRAM Die Qualitäts-Lampe







## Billiges Sporttraining

Jeder junge Mensch wünscht sich besondere körperliche Kräfte. Eine ausgeprägte Armmuskulatur ist sehr beliebt und immer wirkungsvoll. Expander und Hanteln bedient man sich, um ehrsüchtigeremedierende Bizeps zu erzielen. Expander und Hanteln sind überflüssig, das Leben in einsamen Zimmern oder das Gehen zum Turnsaal und Sportplatz ist nicht mehr nötig. Unsere U-Bahn verfügt über eine Anzahl Wagen älteren Kalibers, deren Türen so schwer auf- und zugehen, daß es für strebsame junge Leute kein besseres Mittel gibt, gewissermaßen nebenbei ohne Aufkosten sich eine beachtenswerte Armmuskulatur zu erwerben, als freiwillig diese Türen zu öffnen und zu schließen. Da es Frauen und Mädchen fast nie gelingt, derartige Türen zu öffnen, so erwirbt sich ein junger Mensch auch noch das Aussehen eines Kavalliers.

In den Zanderjahren der mediko-mechanischen Institute und der Sanatorien führen allerlei Instrumente meistens ein wenig beachtetes trautes Dasein. Es gibt da Kuderapparate und auch Reittapparate. Man setzt sich auf so ein mediko-mechanisches Pferd, drückt auf einen Knopf und — hopp hopp, hopp hopp — geht das Ding los. Und dann wird man nach allen Regeln der Reikunst durchgerüttelt und durchgeschüttelt, weil eben das Pferdereiten an sich ein sehr gesunder Sport ist. Diese Vibration, d. h. Erschütterung, der Körperteile spielt in der Massage eine wichtige Rolle. Wer nun eine solche Vibration braucht, hat es nicht nötig, zu einem Reittinstitut zu gehen oder sich ein mechanisches Pferd zu greifen. Unsere U-Bahn verfügt über einige Wagen älteren Kalibers, die in vollendetster Weise und ohne jede Extragebühr eine Durchrüttelung und Durchschüttelung des ganzen Körpers vornehmen. Wenn das etwa auf die Dauer zu viel wird, der steige an beliebiger Station aus und benutze den nächsten Zug, wo er dann vielleicht die eben beschriebene Prozedur zur Stärkung der Armmuskulatur vornehmen kann.

Wer nun eine Gebirgstour vor hat und sich darauf trainieren will, der hat es beiseite nicht nötig, den Kreuzberg zehnmal hintereinander rauf und runter zu klettern. Unsere U-Bahn bietet dem angehenden Bergsteiger zwei prächtige Trainingsstellen. Die eine befindet sich am Halleschen Tor und die andere am Rollendorfsplatz. Auf dreimal 33 Stufen steigt der Bergbesessene von der Tiefe des U-Bahnstahls Welle-Alliance-Platz zu der steilen Höhe des Bahnhofes Hallesches Tor empor. Einige „Hochebenen“ sorgen dafür, daß man wieder zur Puste kommt. Wer schärfer herangehen will, der

begebe sich zum Rollendorfsplatz, da hier die Hochebenen kürzer sind.

Daß die Korpuskanten auf der U-Bahn, dem Autobus, der Straßenbahn und der S-Bahn im Sommer jederzeit gratis eine Entfettungs-Schwächung vornehmen können, hat sich bereits so herumgesprochen, daß es eben nur noch der Erwähnung bedarf. Es kommt immer nur darauf an, wie man die Dinge betrachtet, mit einem freundlichen oder

einem empörten Auge. Viele Jahrgänge meinen, daß die alten und älttesten Wagen, die sich immer noch auf der Straße Warschauer Brücke—Schöneberg und Alexanderplatz—Krumme Bunte herumtummeln, in den verdienten ewigen Ruhestand versetzt werden sollten. Man sieht aber, daß diese ehrwürdigen Vehikel offenbar auch noch anderer nützlicher Zwecke als denen der Personenbeförderung für wert befunden werden.

## SPORT

### Rennen zu Karlsborst

**Jungfernen-Hürdenrennen.** 1. Pilot (Horian); 2. Dux; 3. Prop. Satz. Toto: 66:10. Platz: 17, 14, 48:10. Ferner liefen: Eberholz (4.), Berbi, Marfmeister, Montclair, Kanitaba, Wunderkind, Simmsfahrt, Wima.

**Colar-Lehrlingrennen.** 1. Paret (St. v. Oren); 2. Bergius; 3. Eva. Toto: 14:10. Platz: 12, 25:10. Ferner liefen: Rivident (4.), Resion, Solanne.

**Berbi-Preis.** 1. Gonzala (Woll); 2. Wita Gloria; 3. 1; 3. Priester. Toto: 32:10. Platz: 19, 15, 13:10. Ferner liefen: Jagger (4.), Diametta, Karobemortch, Spala.

**Ude-Hochrennen.** 1. Lumit (Kones); 2. Prellange; 3. Omega. Toto: 51:10. Platz: 15, 13, 30:10. Ferner liefen: Pelagon, A. T. N., Voring (4.), Gonda, Garde.

**Berolina.** 1. Altpold (G. Maner); 2. Horribo; 3. Brocmade. Toto: 65:10. Platz: 29, 31:10. Ferner liefen: Pellen und Blaf (4.), Lortchen (angeb.), Sala.

**Rott-Hochrennen.** 1. Big und Bertie (Hann); 2. Paul; 3. Bona; 4. Worsball. Toto: 80:10. Platz: 24, 45, 34, 25:10. Ferner liefen: Poluz, Sempof Sohn, R. J. Kensch, Nigolotta, Steinbraut, Charitt, Tulla.

**Fortuna-Preis.** 1. Eshland (Tel.); 2. Mühlwurm; 3. Toto. Toto: 15:10. Zwei liefen.

**Cassini-Hochrennen.** 1. Komos (Meib); 2. Sühom; 3. Tarnschid. Toto: 40:10. Platz: 16, 17, 30:10. Ferner liefen: Kusletier (4.), Retroborus, Stigwart, Steinfeld, Demill, Gantlein, Ulvi.

**Doppelwette:** Lumit — Big und Bertie 1096:10.

## Eisport im Arbeiterbezirk

Friedrichshain schafft Kunsteisbahn — Der Park mit der Kältemaschine

Im Kreise von Vertretern des deutschen Eisports, von Mitgliedern des Bezirksamts Friedrichshain und Vertretern der Presse gab am Montag Bürgermeister Mielig einen Ueberblick über die Bestrebungen des Bezirksamtes Friedrichshain, der sportliebenden Jugend auch im Winter eine gesunde sportliche Betätigung zu schaffen.

Der Bezirk Friedrichshain ist der dichtbevölkerteste Berliner Stadtteil. Auf engen Höfen und verkehrsdurchfluteten Straßen wächst die proletarische Jugend heran. Dieser Jugend Licht, Luft und Sonne und ein ausreichendes sportliches Betätigungsfeld zu schaffen, hat das Bezirksamt mit sichtbarem Erfolge angestrebt. Die Schaffung des Sportplatzes im Friedrichshain sowie einiger anderer Sport- und Spielplätze, die obligatorische Einführung des Schwimmunterrichtes in den Volksschulen haben viel zur Befundung und zur Erhöhung der Lebensfreude unserer proletarischen Jugend beigetragen. Viele Sportarten, die auf Plätzen ausgeübt werden, sind jedoch an die Sommermonate gebunden. Daher war das Bestreben, im Friedrichshain eine Freilufteisbahn zu schaffen.

Die Finanzlage der Stadt Berlin ließ es leider nicht zu, aus eigener Kraft eine Freilufteisbahn zu schaffen. Die Vereinigung Freiluftkunsteisbahn Friedrichshain setzt nunmehr den Plan in die Tat um. Das Bezirksamt hat zu diesem Zwecke eine entbehrliche Fläche im Friedrichshain, an der Grenze der Häuserfront der Landsberger Allee, zur Verfügung gestellt und dafür die Zusage erhalten, daß hier der Eisport wirklich als Volkssport betrieben wird. Den Schulen und den Vereinen wird der Platz zur Sportausübung überlassen und sogar die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Eisport wird angestrebt. Die Freiluftkunsteisbahn ist von Temperaturunterschieden unabhängig und ermöglicht

es, den Eisport fünf Monate hindurch Tag für Tag ausüben zu können.

Die technische Einrichtung ist im wesentlichen eine Kältemaschinenanlage, wie sie in Brauereien und Schlachthofanlagen allgemein zur Anwendung gelangt. Mit Hilfe einer Kältemaschine wird Salzwasser auf Temperaturen von 8 bis 12 Grad Celsius gekühlt; durch eine Spezialpumpe wird die kalte Sole einem Rohrnetz zugeführt, das in der Eisbahnfläche verlegt wird. Die Eröffnung des Eisbahnbetriebes ist für Mitte Dezember vorgesehen.

## In wenig Worten

Wirtschaftliche Not veranlaßte in Roskilde (Dänemark) einen Rechtsanwalt mit seiner Ehefrau, seinem 15jährigen Sohn und seinen drei Töchtern durch Einatmen von Gas aus dem Leben zu scheiden.

In Schwellingen (Baden) kam es zwischen den Mannschaften eines Fußballwettkampfes zu einer Auseinandersetzung. Am ergregtesten wurde der Schiedsrichter: er schloß eine Gaspistole ab. Ein Unbeteiligter aus dem Publikum erlitt eine schwere Augenverletzung.

Der Sekretär des Regimentszahlmeisters des 178. französischen Infanterieregiments in Remiremont namens Ostermann hat mit der Regimentskasse, die 250 000 Frank (etwa 40 000 Mark) Bargeld enthielt, die Flucht ergriffen. Man nimmt an, daß er sich in Paris aufhält.

Die Volksbühne spielt am Sonntag, dem 9. d. M., um 15 Uhr das Lustspiel „Der Revisor“ für Jugendliche von 14 bis 18 Jahren. Hierfür sind Karten zum Preise von 50 Pf. zu haben: Im Jugendsekretariat der S.B., S.B., Lindenstraße 2, v. l. (geöffnet von 9—17 Uhr, Mittwoch und Freitag von 9—19 Uhr), im Sekretariat der S.B., S.B., Engelstr. 24/25 und im Jugendsekretariat des S.B., S.B., Hebenmannstr. 12.

Gegner der Blokkation. Vor der Charité in der Schumannstraße verhielten gestern nachmittag um 3 Uhr anlässlich des Liebesfestes etwa 100 Mitglieder des „Ringes der entschiedenen Bekämpfer der Blokkation“, größtenteils Frauen, zu demonstrieren, wurden aber von der Polizei daran gehindert, die die Ansammlung ohne Zwischenfall zerstreuen konnte.

Eine Beratungskasse für Mieter. Viel zu wenig ist bekannt, daß der Reichsbund Deutscher Mieter Berliner Mieterverein e. V., Berlin S.W. 11, Kleinbeerstr. 25, Gartenhaus II, allen Mietern zweckdienlichen Rat und Auskunft erteilt.

Weiter für Berlin: Weitere Wetterbesserung, am Tage wieder etwas wärmer, nachts kalt bis zu Bodenfrost, stellenweise Nebel. — Für Deutschland: Im größten Teil des Reiches trocken und ziemlich heiter, strichweise Nachfröste; auch im Süden Besserung. Nur im Nordosten noch veränderlich.

# Mittwoch ist Kindertag!

König Heinrich IV. von Frankreich sagte:  
„Ich wünsche, daß Sonntags jeder Bauer sein Huhn im Topfe habe.“  
(das waren noch schöne Zeiten!)

Wir sagen:  
„Jeder Junge und jedes Mädchel soll seinen warmen Winter-Mantel haben!“

Und damit das möglich wird, haben wir Preise auf unsere Kinder-Mäntel gesetzt, die beinahe unglaublich sind.

C. & A. hat den Kindertag zu einem Tag der Freude für Mütter und Kinder gemacht. Denn an jedem Mittwoch finden Sie bei uns ganz besondere Gelegenheiten in Kleidung für Ihre Kinder.

Denken Sie daran, (auch wenn einmal an einem Mittwoch kein besonderes Inserat erscheint) und —

# GEHEN SIE ZU

Oranienstr. 40  
Am Oranienplatz  
Königstr. 33  
Am Bhl. Alexanderplatz

Chausseestr. 113  
Beim Stettiner Bahnhof  
Wilmerdorferstr. 108  
Am Bahnhof Charlottenburg

**C & A**  
BRENNINKMEYER



# Blockade über Deutschland

Das Chaos der Handelspolitik — Herum mit dem Steuer!

Wer vor der Veröffentlichung der Papenschen Notverordnung und vor der Rede des Agrarministers in München in Deutschland seine warnende Stimme erhob und erklärte, daß die beabsichtigte Kontingentspolitik ein Griff ins Wespennest sei, wurde von den klugen Wirtschaftspolitikern des Reichsernährungsministeriums und den Interessensvertretern der Landwirtschaft mitleidig belächelt. „Nur kräftig zupacken und sich nicht lange auf Verhandlungen einlassen, dann wird das Ausland die Dinge schon hinnehmen“ lautete die Devise der Kontingentierungsfanatiker. Haben nicht Frankreich, die Schweiz und zahlreiche andere Länder, so fragt man von derselben Seite, eine rigorose Kontingentspolitik getrieben? Ist nicht England zum Hochschutzzoll übergegangen, ohne daß folgenschwere Vergeltungsmassnahmen gegen diese Länder angewandt wurden?

Es war schon bisher und wird auch ferner vergebliche Liebesmüh sein, diese auf Fülle und Einfuhrdrosselung eingeschmooenen Politiker davon zu überzeugen, daß es ein gewaltiger Unterschied ist, ob

## Länder mit hohen Einfuhrüberschüssen, wie Frankreich und England,

zu Drosselungsmassnahmen schreiten, oder ob ein Land wie Deutschland, das auf Gedeih und Verderb auf seinen Milliardenexport und seine Ausfuhrüberschüsse angewiesen ist, seine besten handelspolitischen Freunde vor den Kopf stößt.

Inzwischen sind seit jener programmatischen Rede des Reichsernährungsministers von Braun in München erst acht Tage vergangen, und man muß sagen, daß die Aufnahme der Kontingentierungspläne im Auslande auch die schwersten Befürchtungen übertrieben hat. Der schnelle Abschluß der deutschen Kontingentverhandlungen mit Belgien wurde von uns gestern mit Recht als völlig belanglos hingestellt, denn Belgien spielt mit knapp 2 Millionen Mark Importen, die von der deutschen Kontingentierung betroffen werden, nur eine völlig untergeordnete Rolle.

Mit um so größerer Spannung mußte jeder, dem das Schicksal der deutschen Gesamtwirtschaft am Herzen liegt, die Ergebnisse der Verhandlungen mit Holland erwarten. Daß die deutsche Delegation, die — bezeichnend genug — für derart schwerwiegende Unterhandlungen einen völlig unbekanntem Ministerialrat zum Führer hat, in Holland auf eine besonders schwierige Situation gefaßt sein mußte, lag auf der Hand.

## Das Ergebnis vom Haag ist aber eine glatte diplomatische, wie auch handelspolitische Katastrophe.

Die holländische Regierung hat am Dienstag mittag zu den deutsch-holländischen Kontingentierungsverhandlungen eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es lakonisch heißt, daß die Regierung nach Kenntnisnahme der deutschen Pläne zu dem Schluß gekommen sei, daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage für eine erprießliche Diskussion darstellen. Das heißt, aus dem Diplomatenstil ins Deutsche übersetzt,

## daß die Holländer es überhaupt nicht zur Verhandlung haben kommen lassen,

sondern die deutschen Vorschläge von vornherein als undiskutabel abgelehnt haben. Für die ernste Lage der deutschen Exportindustrien, die noch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres, also in der schlimmsten Zeit der Krise, einen Exportüberschuß von 181 Millionen aus Holland herauswirtschaften konnten, ist die Tatsache sehr bezeichnend, daß das von agrarischen Verbänden in Amsterdam gegründete Aktionskomitee die Spitzenverbände der holländischen Wirtschaft zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen hat. Auf dieser Sitzung wurde ein Komitee mit der Untersuchung beauftragt, inwieweit es möglich sei,

sich von dem deutschen Industrieexport in Holland unabhängig zu machen.

Inzwischen dürfte auch das Echo aus sämtlichen skandinavischen Ländern der Regierung gezeigt haben, was sie sich selbst und ihrem „Anfurbelungsprogramm“ mit der Kontingentierungspolitik für eine Suppe eingebracht hat. England hat die in Skandinavien herrschende Verstimmung gegen Deutschland, die mit der Butterzollpolitik zusammenhängt,

## als laodender Dritter zu einem großangelegten Vorstoß nach Skandinavien

benutzt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten läßt England bei dieser Handelsoffensive alle propagandistischen Minen springen, und in Dänemark, wo man auf das Wohlwollen des großen englischen Kunden außerordentlichen Wert legt, haben Verbrüderungsjahren mit den Engländern stattgefunden, die in den Auftragsbüchern der britischen Exportindustrie ihren Niederschlag finden werden.

Die dänische Presse hat wiederholt den Engländern vorgerechnet, wie Großbritannien's größter Konkurrent, Deutschland, in den letzten Jahren in Dänemark an Boden verloren hat. Allein im letzten Jahr ist Deutschlands Anteil am dänischen Import von 28 auf 14 Proz. gesunken, Englands Anteil aber zugleich von 14 auf 25 Proz. gestiegen. Mag auch hierbei die Währungsentwertung des Pfundes und der dänischen Krone mitsprechen, so zeigen diese höchst unerfreulichen Zahlen, daß Deutschland allen Anlaß hat, durch eine kluge Handelspolitik seinem Export auf den skandinavischen Märkten den Weg zu ebnen und ihm nicht durch Einfuhrfortingente, die der Landwirtschaft nicht einmal etwas nützen, noch Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Denn was für Dänemark gilt, das gilt auch für Schweden und Norwegen. Auch die schwedisch-englische Woche, die jetzt in Stockholm stattfindet und an der wie in Kopenhagen der Prinz von Wales und verschiedene Flotteneinheiten teilnehmen, läßt die Gefahren für den deutschen Export deutlich in

Ercheinung treten. In sämtlichen schwedischen Kinos sollen

## englische Werbefilme vorgeführt,

in anderen großen Städten des Landes gleichfalls englische Sonderausstellungen einlegen, wobei sich viele schwedische Kaufhäuser zur Ausstellung britischer Waren bereit erklärt haben.

Der schwerste Raketenbeschlag aber, den die Kontingentierungspolitik bisher aufzuweisen hat, kam von einer für die Regierung unerwarteten Seite: aus Rom. Italien, das sich mit seiner hohen Einfuhr schon seit langem in argen Devisenschwierigkeiten befindet, hat

## über Deutschland eine regelrechte Devisenblockade

verhängt. Nachdem das mit Italien seinerzeit abgeschlossene Devisenabkommen zum 1. Oktober von Deutschland wegen der bevorstehenden Kontingentierungen gekündigt worden war, hat Italien sofort mit einer regelrechten Devisenperre gegen Deutschland geantwortet, die einer glatten Einfuhrdrosselung der deutschen Ausfuhr gleichkommt. Wie lange Italien an diesen Kampfmaßnahmen festhalten will, steht dahin. Jedenfalls aber kann Deutschland im Augenblick nicht einmal gegenüber Italien auftrumpfen, denn die Hauptsaison des deutschen Reiseverkehrs nach Italien, dessen Verbot oder Drosselung für die Italiener ein empfindlicher Schlag wäre, ist vorüber, und auch die italienischen Obstimporte nach Deutschland dürften größtenteils bereits durchgeführt oder im Gange sein.

Handelskrieg mit Italien! Vernichtende Niederlage in Holland! Verdrängung von den skandinavischen Märkten durch England! Diese Beispiele sollen genügen, um der Regierung klarzumachen, daß sie mit ihrer Handelspolitik Deutschland glattweg unter Blockade stellt. Noch ist es nicht zu spät, aber es ist die letzte Minute, um das Steuer herumzureißen. R. B.

# Was wird mit Karstadt?

Tilgung von Obligationen ausgesetzt

Es scheint so, als wollte die Verwaltung der Rudolph Karstadt A.-G. ihre Geschäftspolitik der Pflichten und der Experimente, die die Periode der wahnwitzigen Expansion kennzeichnete und zur Katastrophe führte, unentwegt fortsetzen. Sie hatte schon im Geschäftsbericht und auf der Generalversammlung verkündet, daß die Inhaber der amerikanischen Dollaranleihe (noch etwa 58,7 Millionen Mark) für die notwendige Sanierung ebenfalls Opfer bringen müßten. Monatlang wurde in Amerika darüber verhandelt, ohne Erfolg. Jetzt plötzlich gibt die Karstadt-Verwaltung bekannt, daß nur die Zinsen auf die Anleihe gezahlt würden, daß aber die übliche Tilgung im Wege der Auflösung zum 1. November unterbleibe. Der fällige Betrag, etwa 0,8 Millionen Mark, werde bei einem New-Yorker Bankhaus hinterlegt. Zur Begründung wird gesagt, daß man jetzt nicht einen kleinen Teil (die ausgelosten) Gläubiger voll befriedigen könne, wenn alle übrigen in kurzer Zeit einen mehr oder minder großen Verlust auf sich nehmen müßten.

Diese Begründung hat etwas für sich — gleichwohl stellt dieses Vorgehen einen glatten Verstoß gegen die Anleihebedingungen dar. Wenn die Anleihegläubiger hartnäckig und kurzschichtig sind, können sie jetzt die ganze Anleihe auf einmal kündigen und die Karstadt A.-G. zum Konkurs zwingen. Denn für die

Anleihe sind ersttellige Hypotheken auf die besten Häuser von Karstadt eingetragen.

Dahin wird es aber nicht kommen — denn dann wären die Banken die Gewinner, die Anleihegläubiger die Verlierer in dem Spiel. Wenn man sich überlegt, wie die

## Karstadt-Sanierung aussehen könnte,

dann kommt man tatsächlich zu dem Schluß, daß alle kapitalmäßig Interessierten dazu beitragen müssen. Zunächst ist da der Verlust von 34 Millionen Mark aus dem vergangenen Geschäftsjahr, der sich im laufenden wesentlich erhöhen wird. Ferner wird man von allen Anlagekonten (letzte Bilanz 183 Millionen Mark) mindestens ein Drittel abschreiben müssen. Dann hat man einen Betrag von rund 100 Millionen Mark, um den die Kapitalansprüche ermäßigt werden müssen.

Legt man die Stammaktien 10 zu 1 zusammen, so hat man einen Buchgewinn von 50 Millionen Mark, zu dem noch 10 Millionen Mark aus einer Zusammenlegung der Vorzugsaktien im Verhältnis 2 zu 1 kommen könnten. Dann sind in erster Linie die Banken daran, Opfer zu bringen. Denn sie sind

die Hauptschuldigen an dieser Fehlspekulation. Sie wollten groß verdienen und gaben Kredite über Kredite, die überhaupt erst die übertriebenen

Kaufäufe, die maßlosen Bauten ermöglichten. Sie haben die allgemeine Entwicklung und speziell die Chancen von Karstadt in dilettantischer Weise überschätzt, gebendet von den Gewinnziffern und den 12 Proz. Dividende, die drei Jahre hintereinander gezahlt wurden. Allein die Kreditpolitik der Banken gegenüber Karstadt rechtfertigt die Forderung nach dem Bankenaufsichtsamt.

Diese an der Karstadt-Platte Hauptschuldigen werden heute etwa 70 Millionen Mark zu fordern haben. Wir halten es für selbstverständlich, daß man ihnen einen Verzicht von mindestens 50 Proz. zumutet. Damit würden weitere 35 Millionen Mark „gemonnen“ sein. Es blieben schließlich die Anleihegläubiger (58,7 Millionen), die vielleicht auf 25 Proz. ihres Kapitalanspruchs verzichten müßten. Nach Durchführung dieser „Schnitte“ hätte man die Passivseite um etwa 110 Millionen Mark ermäßigt. Die Bankgläubiger werden selbstverständlich in keiner Weise zu leiden haben.

# Die „lieben Kinder“

Neue Geschenke an die Hausbesitzer

Die Hausbesitzer, die sich nicht erst seit gestern die lärmende Agitation des Reichslandbundes bei Propagierung ihrer Forderungen angewöhnt haben, sind seit dem Frühjahr d. J., insbesondere aber durch das Wirtschaftsprogramm Papens mit einer Fülle von Sondergeschenken überschüttet worden.

Am 1. April d. J. wurden den Hausbesitzern 20 Proz. der Hauszinssteuer erlassen. Dieser Erlaß ging nicht zuletzt auf Kosten der erwerbslosen Mieter. Außerdem wurde den Hauseigentümern das Recht eingeräumt, sich von der Hauszinssteuer durch Zahlung einer dreijährigen Steuersumme zu befreien. Diese Ablösung der Hauszinssteuer hatte die Regierung den Hausbesitzern in der Tat so billig wie nur möglich gemacht, und wir erinnern zum Vergleich nur an die gewerkschaftlichen Forderungen, daß eine Ablösung nur bei Zahlung einer mindestens sechsjährigen Steuersumme in Frage kommen könnte.

Inzwischen ist der letzte Termin zur Ablösung mit dem dreifachen Jahresbetrag am 30. September abgelaufen. Nach der Verordnung vom Frühjahr müßten Hausbesitzer, die nach dem 30. September ihre Hauszinssteuer ablösen wollen, nunmehr den 3 1/2fachen Jahresbetrag aufbringen.

Selbstverständlich ist dieser Betrag den Hausagrarern zu teuer und so hat man von der Regierung gefordert, die Fristen zu den alten günstigen Bedingungen bis zum 31. März 1933 zu verlängern. Die Regierung hat diesem Antrag nicht nur zugestimmt, sondern darüber hinaus den Hausbesitzern noch einen besonderen Anreiz gegeben, indem die vom 1. April bis 30. September gezahlten Hauszinssteuern zur Hälfte auf die Ablösungssumme angerechnet werden.

Nachdem der Hausbesitz durch die letzten Notverordnungen der Regierung Papens mit etwa 455 Millionen Mk. Subventionen aus Steuergutscheinen, Zinszuschüssen und Beiträgen zu den Kosten der Hausreparaturen bedacht worden ist, und jetzt noch dieses neue wertvolle Geschenk der billigen Steuerablösung erhalten hat, darf man gespannt sein, womit diese „lieben Kinder“ der Regierung nächstens noch zu Lasten des Staatsfiskus beschenkt werden.

**Nora-Radio stellt 750 Mann ein.** Die Nora-Radio G. m. b. H. in Berlin hat ihre Belegschaft infolge einer kräftigen Belegung der Empfänger-Abteilung um 750 Mann vermehrt. Eine weitere Verstärkung der Belegschaft ist in Aussicht genommen.

**Verstärkung der Sarotti-Belegschaft.** Die Sarotti A.-G. Berlin hat gegenüber dem Stande vom 15. August ihre Belegschaft um rund 280 Personen verstärkt.



**Vom langen Liegen stumpf und grau — jetzt wieder weiß und frisch wie Tau!**

Einmaliges kurzes Kochen in kalt aufgelöstem Sil — und schon überrascht Sie der schöne klare, reine Ton. Viele praktische Hausfrauen erleichtern sich mit Sil auch das Wäschepülen. Sie geben Sil, kalt aufgelöst, dem ersten heißen Spülwasser bei. Ein einfaches Rezept, das findige Hausfrauen entdeckten und das wert ist, weiter empfohlen zu werden! Nehmen Sie Sil auch zur Entfernung hartnäckiger Flecken.

**Sil**  
Henkel's Bleich- und Spülmittel für die Wäsche  
gibt ohne Reiben und ohne Bleiche frisch duftende weiße Wäsche  
Ohne Chlor  
Henkel & Co. A.G. Düsseldorf

**Durch Sil schneeweiss und frisch wie Tau!**  
Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.



# IRMGARD KEUN: *Gilgi eine von uns*

321

Sie hatte ganz vergessen, daß sie so aussieht — weil die Kellnerin sie so respektvoll nach ihren Wünschen fragt, fällt's ihr wieder ein. Sie schämt sich fast ein bißchen vor Pit — ihre Eleganz kommt ihr so verlogen vor. Sie schämt sich, weil sie so verliebt ist in diese verlogene Eleganz. Muß sogar noch den Ring besonders blank reiben, die Falten des Kleides gefälliger ordnen. „Bitte schön“ Die Kellnerin mit dem hoffnungslos vermüdeten Gesicht stellt das Glas Portwein vor Gilgi hin — du, dummes Luder, du — grinse doch nicht so devot! Wenn ich mit meinem verknautschten Trenchcoat, nach Arbeit riechend, hier läße, ich würde dir nicht imponieren! Du, schämst du dich nicht, so dumm zu sein, so furchtbar dumm . . . Ich muß morgen mal zum Arzt gehn — morgen oder übermorgen oder — ob das stimmt — das . . . Märchen von Tahiti . . . Gilgi schließt die Augen, das hat sie nie getan — früher. Wenn sie die Augen zumachte, sah sie nichts — nichts — jetzt sieht sie viel hinter geschlossenen Lidern.

„Schlaf nicht ein, Gilgi!“ Pit sitzt ihr gegenüber. „Na, du hast dich ja gut herausgemacht — könntest die Geliebte von Al Capone sein, die gleich in die Metropolitan-Opera fahren wird.“

Gilgi ist wach vor Müdigkeit. „Gib mir mal die Hand, Pit — halt' meine Hand fest — fester — so daß es weh tut —, ich muß bis ins Herz hinein wissen, daß du meine Hand hältst.“ Pit preßt Gilgis Finger — wenn die ein Wort wie Herz sagt, dann stimmt doch was nicht mit ihr . . . der Pulsschlag ihrer Finger, die nackte weiche Schulter, der zurückgelehnte Kopf — ein roter kleiner Fleck auf der weißen Kehle . . . „du schenkst mir was, Gilgi, wenn du dir von mir helfen läßt.“ Er hat sie gesucht, mit ihr sprechen wollen, hat sie gesucht — den guten kleinen Freund, und jetzt . . .

„Pit“ — von weit her fällt Gilgis Stimme in den Raum — „ich bin verhungert nach harter Ehrlichkeit — Pit, ich wollte meine Hand anders von dir gehalten haben . . . du kannst mir nicht helfen, indem du etwas für mich tußt, du kannst mir nur helfen, weil du da bist. Sei hart und böse und klar, Pit, ich brauche das.“ Gilgi sieht Pit nicht an, ihr Blick verfährt sich irgendwo im rotweißen Papierfransenkranz an der Decke — aber sie weiß, daß es gerade Pit ist, zu dem sie spricht. „Vielleicht weißt du schon, daß ich jetzt keine Arbeit habe, daß ich mit einem Mann lebe . . .“ Pit sieht vornübergebeugt, sieht auf Gilgis Arm: eine schräge, straffe, weiße Linie, die in seiner Hand mündet. Die tote Gleichgültigkeit dieser Linie ist plötzlich eine böse, harte Beleidigung für ihn. Seine Hand bekommt Lust, sich künftig in die weiße blasse Schulter zu graben, die schräge Linie herabzuführen — fünf blutige Streifen in das unbewegte starre Weiß zu zeichnen. Sein Hirn umschließt Gilgis Worte. „Ich arbeite nicht mehr, ich lebe mit einem Mann . . .“

„Magst du ihn?“  
„Seit wann hast du überflüssige Fragen, Pit! Ich werd' ausgerechnet mit einem leben, den ich nicht mag! Ich sag' dir das nur als Einleitung, diese Tatsachen. Tatsachen ängstigen mich nicht, mit Tatsachen werd' ich fertig. Ich bekomme vielleicht ein Kind — sowas passiert alle Tage — ich weiß nicht wie vielen Mädchen. Wenn's so ist, werd' ich auch damit fertig, kein Grund, sentimental zu werden oder den Kopf zu verlieren. Nein, was mir Angst macht, ist etwas anderes. Man spricht sonst nicht darüber, oder wenn man drüber spricht, dann unwahr und verschleiend . . . so kommt's, daß man nicht weiß, ob man nun plötzlich unheimlich verschieden ist von andern, man weiß nicht, ist's normal und macht's jeder durch, oder ist man allein mit einer Krankheit . . .“

„Was — meinst du?“  
„Laß mich nur sprechen, du wirst schon dahinter kommen, hinter das, was ich meine. Du weißt, ich hab' Freunde gehabt — zwei — drei . . . man hat sich gefallen gegenseitig, man hatte Freude zusammen, und die Haut lagte ja zueinander. Das war natürlich und übersehbar, es hat mir absolut keine Bewusstseinsbisse gemacht und mich nicht beunruhigt. Ich fühlte mich immer sauber und klar, ich war meiner sicher und hatte meinen Willen und eine selbstgezogene Grenze, die so selbstverständlich war, daß man nicht drüber nachzudenken brauchte. Und jetzt — — daß ich einen lieb habe — wirklich lieb — zum erstenmal in meinem Leben, gut und

ehrlich und zu allem bereit — das wäre schön — und richtig und — aber . . .“ Gilgis Kopf fällt nach vorn, mit beiden Händen faßt sie Bits Gelenke — ein greller schmaler Strich ihr Mund, ihre Worte — langsam tropfend, gleichmäßig unbetont, leiernd: „ich habe keine Grenze mehr und keinen Willen, ich kann von heute auf morgen nicht mehr für mich garantieren. Ich glaubte mich unendlich sicher und geborgen in meiner Liebe — jetzt hat sie mich wehrlos gemacht, vollkommen schutzlos — wie ist das möglich Pit?? Ich bin allein und allem ausgeliefert — an eine Hand, die meinen Nacken streift, wenn sie mir in den Mantel hilft — an einen Blick, eine Stimme . . . Ich ohnte ja nicht, daß ich so fein könnte — ich verbrenne — ich habe eine qualend körperliche Beziehung zu allen Dingen — wenn ich die Kante des Tisches umschließe, wenn ich eine Blume lebe — wenn ich über diesen Pelz hier streiche . . . Ich bin mir unsagbar zuwider. Nichts mehr ist sauber und klar und einfach, nicht einmal mehr mein früheres Leben. Vielleicht war alles, was man tat und wollte, nur Flucht vor dem — dem

eigenen Begehren. Vielleicht hat nichts Wert an sich, vielleicht ist alles Unwahrheit, und alles geschieht nur um dieser Flucht willen . . . Wo soll das hin? Was geschieht mit einem? Das geht ins Unendliche — ich habe Angst, Pit.“

Bits Gesicht ist verzerrt, seine Stimme heiser und zerrissen: „Warum erzählst du mir das — du! Darum bist du zu mir gekommen — darum . . . nur um mir zu sagen . . .“

Gilgi sieht ihn an. „Ach so, Pit!“ Trüber Spott hängt sich in ihre Mundwinkel. „Na, du hast recht — jeder für sich . . . haben uns beide keinen Mangel an Egoismus vorzuwerfen. Dank' dir auch, Pit — hilf mir vielleicht am besten, indem du mich wissen läßt — noch ein Glas Portwein, Fräulein — schnell . . . daß du mich wissen läßt, daß man nur, nur, nur auf sich angewiesen ist.“ Gilgi springt auf, tritt hinter Pit, packt ihn mit hartem Griff in den Nacken. „An dich hab' ich geglaubt, Junge — an deine Fähigkeit, gerecht zu sein. — Laß dich begraben mit deinem ganzen Sozialismus und deinen Weltverbesserungsideen, wenn du zu denen gehörst, die's einer Frau übernehmen, wenn sie durch Gott weiß welchen Blutszusatz nicht mit ihnen schlafen will. Ihr habt ein Talent, eine Frau böse zu machen!“ Langsam und böse streift Gilgis Hand über Bits Ohr, kriecht in sein Haar — „jud“ nicht zusammen, Junge — daß Mann und Frau von Natur Tiere sind, weiß ich längst, daß man die heilige Aufgabe hat, was andres aus sich zu machen, weiß ich auch, daß man die Kraft und die Möglichkeit hat, mehr zu sein — glaub' ich noch. Dadurch? Trotzdem? Egal, glaub' ich noch . . .“

Takagi war ein japanischer Spinnereiarbeiter. Er hatte zwölf Kinder, eine kranke Frau und wohnte in einer dünnen Bretterbude vor der Stadt. Täglich arbeitete er sechzehn Stunden in der Fabrik und konnte doch von seinem täglichen Lohn seine zwölf Kinder nicht ernähren, nicht richtig kleiden und sich nicht einmal um sie kümmern, weil er keine Zeit dazu hatte.

Zuweilen, vor dem Schlafengehen, sah Takagi verdrossen vor seinem Häuschen, stierte die anderen Häuschen an, die teilweise mit Weißblech bedeckt waren, kniff die geschlossenen Augen zusammen und dachte an seine Kindheit im Dorfe Otagi. Dachte an den blauen Himmel, an die weißen Wäldchen, die Kirsch- und Pfirsichblüten der herrlichen Landschaft und an die hölzerne Burg seines Samurai. Ja, er dachte vielerlei und schürte die Sehnsucht nach dem Dorf seiner Väter. Aber am Morgen waren diese Gedanken verstreut, dann trippelte Takagi in die Fabrik. Mit ihm gingen die zwölf Kinder unsichtbar hinter ihm her, verfolgten ihn, quälten, schrien nach Brot und Reis.

Takagi aus dem Dorf Otagi war ein vorbildlicher Familienvater, träumerisch, sentimental — er hatte in seiner Jugend zuviel Kirschblütenlust geatmet —, war aber zugleich dickköpfig, starr und fanatisch. Er hielt am Glauben seiner Väter fest, an den Gepflogenheiten seines Dorfes, die er in der Stadt nicht ablegen wollte. Seine Kollegen lachten ihn aus, ugen, trieben Schabernack mit ihm, Takagi aber blieb ruhig, er wußte, was er wollte.

Eines Tages wurde in seiner Fabrik eine Gewerkschaft gegründet. Seine Kollegen und Kolleginnen wollten nicht mehr sechzehn Stunden am Tage schuften, wollten mehr Lohn haben, freie Zeit und Erholung in der Zeit der Kirschblüte. Die Gewerkschaft wurde groß, verhandelte mit den Fabrikanten — vorerst noch ohne Erfolg. Takagi triumphtierte. Er war nicht der Gewerkschaft beigetreten, er wollte nichts damit zu tun haben, denn er war ein Eigener, ein Bauer aus dem Dorf Otagi mit einem dicken Schädel, der sein Glück alleine meistern wollte. Jeder — so sagte er — solle für sich sein Bestes sichern, allein wie ein Bauer, der einsam seinen Acker pflegt.

Aber Takagis zwölf Kinder hungerten, er wußte mehr Lohn haben, das sah er ein. Die Kollegen schwächten mit ihm, schickten, spotteten, er sollte doch sein Glück versuchen, gleich würde er mehr Lohn bekommen. Oh, das wollte Takagi sich nicht sagen lassen. Er ging ins Büro, bescheiden, dümmlich, voll Hoffnung. Der Besitzer, Herr Kamei, die, gedulden, immer heiser, sah Takagi an.

„Na, Takagi, was führt dich her?“

„Gebt mir mehr Lohn, Herr“, sagte Takagi. „Ich habe zwölf Kinder . . .“

„Ja, mehr Lohn“, gähnte Herr Kamei. „Das geht nicht, Takagi. Ich kann dir nicht mehr Lohn geben, die Zeiten sind schlecht. Geh an deine Arbeit!“

Takagi ging, er bettelte nicht, o nein, dazu war er zu stolz. Den ganzen Tag spann er, ertrug die Neckereien der Kollegen, lächelte, schloß die Augen

schmal ein. Oh, Takagi wußte, was er tat, er lächelte: Bartei nur, ich werde es euch zeigen!“

Am anderen Morgen ging Takagi wieder ins Büro. „Gebt mir mehr Lohn, Herr.“

Kamei, dick und plustertig, lachte, dröhnte über den dummen Takagi.

„Ich sag' dir doch, du kriegst nicht mehr Lohn. Geh und arbeite.“

Takagi ging, still lächelnd, verschmimt, ohne Zorn. „Na, gut!“ dachte er. Aber er ging nicht zurück in den Spinnsaal, sondern am kleinen Kesselhaus vorbei bis zum großen Schornstein. Er sah schauernd an dieser langen Ziegelstange hoch. Aber seine zwölf hungrigen Kinder schubsten ihn, stießen ihn hoch, setzten seine Füße auf die eisernen Tritthaken. . . . Takagis Angst wich. Er kletterte auf den Schornstein, piß ein altes Kirschblütenlied, lächelte. . . . Takagi war tapfer. Oben angekommen, legte er sich auf die Schornsteinöffnung, plusterte sich auf, verstopfte das Loch. Er triumphierte, piß, sah in die Ferne, weit hinaus, glaubte die Berge seiner Heimat zu sehen.

Nun sah er auf dem Schornstein, sah hinunter auf die Fabrik, das Bürohaus, die Lager. Er schwoh an, wenn er einen Kollegen sah, der witzig auf dem Platz stand. Takagi sah hoch oben, und er kam nicht eher herunter, bis Kamei mehr Lohn bewilligte, das hatte er geschworen.

Nach einer kurzen Zeit sah er den Heizer auf dem Platz herumrennen und Qualm aus dem Kesselhaus dringen. Aha! dachte Takagi und lächelte. Der Heizer kam mit dem Maschinisten zurück; sie gingen ins Kesselhaus, schimpften, rannten wieder auf den Platz. Qualm kroch aus dem Kesselhaus. Der Maschinist sah hoch, sah einen Mann auf dem Schornstein sitzen, winkte, drohte, tobte.

„He! Komm runter! Was suchst du dort?“

Takagi lächelte, sah in die Ferne, kostete seinen Triumph. Nun hatte er sein Ziel halb erreicht. Das Feuer unter den Kesseln schwelte, qualmte, Takagi verstopfte den Luftzug, löschte das Feuer, den siedenden Dampf in den Kesseln; die Dampfmaschine lief schon langsamer, die Spinnmaschinen freischten vor Staunen. Aus den Sälen kamen die Arbeiter auf den Platz, sahen den Qualm, dachten es brenne, sahen dann Takagi auf dem Schornstein.

„Oha! Takagi!“ Sie lachten, grell, spitz, schallend vor Freude. Dieser Takagi sitzt auf dem Schornstein. „Oha! Takagi! Hohahaha . . . hahaha . . . ha . . .“

Durch den Lärm aufmerksam geworden, kam Herr Kamei aus seinem Büro, die, schnaufend, schwabbelnd wie Gallerte. Sieht den Qualm, erschrickt, freisch, tanzt auf dem Platz wie ein Luftballon. Kamei hört das Geschrei: „Oha! Takagi!“, geht näher, sieht den Mann auf dem Schornstein, schwillt an vor Wut. Die Arbeiter treten beiseite. Kamei steht in der Mitte auf dem Platz und schreit:

„Kommst du runter! Wirst du sofort herunterkommen!“

Takagi lächelt, winkt ab, denn er weiß, daß er Kamei in diesem Zorn nicht mit seiner Forderung kommen darf; er hat Zeit.

„Ich hole die Polizei!“ brüllt Kamei.

Der Maschinist klettert an dem Schornstein hoch. Nun, mag er, denkt Takagi, wenn er hoch kommt, trete ich ihn auf den Kopf. Aber der Maschinist kehrt bald wieder um, weil er Angst hat. Kamei schreit, befiehlt, jemand solle auf den Kamin klettern; aber niemand rührt sich. Die Kollegen grinsen, murmeln, schleichen zurück in den Arbeitsaal; sie haben keine Lust auf den Schornstein zu klettern, um herunterzuparzen. Kamei tobt, Takagi lächelt, überlegt und schätzt seine Aussichten. Kamei schreit nach der Feuerwehr, suchst mit den Armen, beruhigt sich dann plötzlich, schnaut und geht in sein Büro. Takagi wird schon allein vom Schornstein herunterkommen, er kann ja nicht immer oben bleiben. Inzwischen stochert der Heizer den Kessel, er will Takagi durch Hitze vertreiben. Aber sein Versuch scheitert: das Feuer qualmt, beizt ihm die Augen, will absolut nicht brennen.

Nach einer Stunde kommt Kamei wieder, tobt, droht, schreit sich heiser, sein Bauch schüttelt vor Zorn. Es spricht sich rum, daß ein Mann auf dem Schornstein sitzt. Leute stehen auf der Straße, belagern das Tor, lachen Kamei aus.

Sechs Stunden bleibt Takagi auf dem Schornstein sitzen, stört die Arbeit, bringt die Kessel fast zum Erlöschen. Kamei wird dann verhöhnt, tobt nicht mehr, bettelt, fleht: „Takagi, sei vernünftig, komm herunter.“

Takagi hält den Augenblick für günstig, schreit zurück: „Gib Lohnhöhung, dann steig ich runter.“

„Gut“, sagt Kamei. „Sollst Lohnhöhung haben.“

„Bestimmt?“

„Bestimmt!“ beteuert Kamei und breitet die Arme aus.

„Seht ihr?“ prahlt er. „Selbst ist der Mann.“

Und Takagi arbeitet bienenfleißig, lächelt, träumt von seinem Dorf Otagi, lächelt seine Kinder. Aber Kamei, dieser listige Mann, bricht sein Wort und gibt Takagi keine Lohnhöhung. Er läßt die untersten Haken an seinem Schornstein entfernen, damit Takagi nicht wieder hinaufklettern kann und kündigt ihn. Takagi ist starr, zerschmettert, begreift nicht und rennt in Kameis Büro. Kamei, die, gähnend, läßt ihn auf die Straße bringen.

Nun sitzt Takagi vor seiner Hütte und weint. Seine Frau und Kinder stehen heulend um ihn herum vor Verzweiflung. Takagi blinzelt in die Sonne, überlegt lange und begreift, daß er dumm war. Aha Otagi . . . Aha! ihr schönen Kirschbäume . . .

Takagi weint, weil er dumm war. Er wird nie wieder auf Schornsteine klettern.

## Fritz Teres: *Takagi streikt*

Aus dem japanischen Arbeiterleben

„Kommst du runter! Wirst du sofort herunterkommen!“

Takagi lächelt, winkt ab, denn er weiß, daß er Kamei in diesem Zorn nicht mit seiner Forderung kommen darf; er hat Zeit.

„Ich hole die Polizei!“ brüllt Kamei.

Der Maschinist klettert an dem Schornstein hoch. Nun, mag er, denkt Takagi, wenn er hoch kommt, trete ich ihn auf den Kopf. Aber der Maschinist kehrt bald wieder um, weil er Angst hat. Kamei schreit, befiehlt, jemand solle auf den Kamin klettern; aber niemand rührt sich. Die Kollegen grinsen, murmeln, schleichen zurück in den Arbeitsaal; sie haben keine Lust auf den Schornstein zu klettern, um herunterzuparzen. Kamei tobt, Takagi lächelt, überlegt und schätzt seine Aussichten. Kamei schreit nach der Feuerwehr, suchst mit den Armen, beruhigt sich dann plötzlich, schnaut und geht in sein Büro. Takagi wird schon allein vom Schornstein herunterkommen, er kann ja nicht immer oben bleiben. Inzwischen stochert der Heizer den Kessel, er will Takagi durch Hitze vertreiben. Aber sein Versuch scheitert: das Feuer qualmt, beizt ihm die Augen, will absolut nicht brennen.

Nach einer Stunde kommt Kamei wieder, tobt, droht, schreit sich heiser, sein Bauch schüttelt vor Zorn. Es spricht sich rum, daß ein Mann auf dem Schornstein sitzt. Leute stehen auf der Straße, belagern das Tor, lachen Kamei aus.

Sechs Stunden bleibt Takagi auf dem Schornstein sitzen, stört die Arbeit, bringt die Kessel fast zum Erlöschen. Kamei wird dann verhöhnt, tobt nicht mehr, bettelt, fleht: „Takagi, sei vernünftig, komm herunter.“

Takagi hält den Augenblick für günstig, schreit zurück: „Gib Lohnhöhung, dann steig ich runter.“

„Gut“, sagt Kamei. „Sollst Lohnhöhung haben.“

„Bestimmt?“

„Bestimmt!“ beteuert Kamei und breitet die Arme aus.

„Seht ihr?“ prahlt er. „Selbst ist der Mann.“

Und Takagi arbeitet bienenfleißig, lächelt, träumt von seinem Dorf Otagi, lächelt seine Kinder. Aber Kamei, dieser listige Mann, bricht sein Wort und gibt Takagi keine Lohnhöhung. Er läßt die untersten Haken an seinem Schornstein entfernen, damit Takagi nicht wieder hinaufklettern kann und kündigt ihn. Takagi ist starr, zerschmettert, begreift nicht und rennt in Kameis Büro. Kamei, die, gähnend, läßt ihn auf die Straße bringen.

Nun sitzt Takagi vor seiner Hütte und weint. Seine Frau und Kinder stehen heulend um ihn herum vor Verzweiflung. Takagi blinzelt in die Sonne, überlegt lange und begreift, daß er dumm war. Aha Otagi . . . Aha! ihr schönen Kirschbäume . . .

Takagi weint, weil er dumm war. Er wird nie wieder auf Schornsteine klettern.



